

# BERICHT 2015

## ZUM INSTITUTSBEZOGENEN SICHERUNGSSYSTEM DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE NÖ-WIEN

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR

# Inhaltsverzeichnis

BERICHT 2015 .....	1
ZUM INSTITUTSBEZOGENEN SICHERUNGSSYSTEM DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE.....	1
NÖ-WIEN .....	1
Inhaltsverzeichnis .....	2
LAGEBERICHT.....	3
Allgemeine Informationen.....	4
Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich.....	7
Entwicklung der Märkte.....	10
Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage .....	15
Finanzielle Leistungsindikatoren .....	20
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung .....	22
Funding.....	25
Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag.....	26
Ausblick zur Entwicklung.....	27
RISIKOBERICHT.....	28
Risikobericht .....	29
AGGREGIERTE BILANZ UND AGGREGIERTE GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG .....	52
Aggregierte Bilanz .....	53
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung.....	58
ANLAGEN .....	62
Anlagen .....	63
Impressum .....	66

# LAGEBERICHT

# Allgemeine Informationen

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich einige wesentliche Anpassungen betreffend der zuvor im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutsbezogene Sicherungssysteme (Institutional Protection Scheme, IPS) besteht.

Im Sinne der Art. 49 Abs. 3 und 113 Abs. 7 Capital Requirements Regulation (CRR) hat die Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG (RLB NÖ-Wien) zusammen mit der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) und 61 niederösterreichischen Raiffeisenbanken (nö. Raiffeisenbanken) im Jahr 2013 einen Vertrag zur Errichtung des Landes-IPS (L-IPS) abgeschlossen. Dieser Vertrag dient der Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität und der Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses der Vertragsparteien. Diese Haftungsvereinbarung ermöglicht es den Instituten zum einen Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Vertragspartner nicht von den eigenen Eigenmitteln abziehen zu müssen (Art. 49 Abs. 3 CRR), zum anderen dürfen die Institute Risikopositionen gegenüber anderen Vertragsparteien von der Anforderung der Berechnung der risikogewichteten Positionsbeträge ausnehmen (Art. 113 Abs. 7 CRR). Die Verträge zum IPS sehen klare Überwachungs- und Risikomaßnahmen vor. Demgemäß verfügt das IPS über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Bewertung und Steuerung der Risiken. Dadurch ist ein vollständiger Überblick über die Risikosituation der einzelnen Mitglieder und das IPS insgesamt gewährleistet. Darüberhinaus definiert der Vertrag entsprechende Gremien und Beschlussinstanzen. Damit ist zur gesamthaften Steuerung des IPS ein umfangreiches Reporting (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) sowie Lage- und Risikobericht) sichergestellt und dient damit auch als Entscheidungsgrundlage für Steuerungsmaßnahmen. Um diese Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, besteht ein Früherkennungssystem, mit Hilfe dessen Problemfälle bei einzelnen Mitgliedern sowie beim IPS in seiner Gesamtheit möglichst frühzeitig erkannt bzw. diesen vorgebeugt

werden sollen. Das L-IPS wurde von der Finanzmarktaufsicht (FMA) durch Bescheid vom 3. November 2014 genehmigt.

Die RLB NÖ-Wien und die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien haben darüber hinaus zusammen mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB), den anderen Raiffeisenlandesbanken und einigen anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe einen inhaltsgleichen Vertrag zur Errichtung eines Institutsbezogenen Sicherungssystems, dem Bundes-IPS (B-IPS), abgeschlossen.

Sowohl das B-IPS als auch das L-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des jeweiligen IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des B-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der RZB und für die Mitglieder des L-IPS kein Abzug ihrer Beteiligungen an der RLB NÖ-Wien und an der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einer Risikogewichtung von 0% angesetzt werden.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

## Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des IPS, aber auch des IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff „Früherkennung“ die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des IPS, aber auch beim IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das L-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien verwendet.

## Risikorat

Als Entscheidungsgremium des L-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst mindestens sechs Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den L-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen des Vertrages, die Beendigung des Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das L-IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber der FMA (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des L-IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

## Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme (siehe unten) verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

## Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- (i) eine ökonomische Fehlentwicklung vorliegt; oder
- (ii) ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- (iii) ein Mitglied gegen den Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- Bedingte Rückzahlungsverpflichtung mit Besserungsvereinbarung
- Restrukturierung, Rationalisierung sowie Fusionierung von IT- und Abwicklungssystemen
- Abbau von Assets
- Änderung der Zusammensetzung der Organe, insbesondere Geschäftsleitung
- Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern
- Einstellung von bestehenden Geschäftsfeldern.

## Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlicher Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50% des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern einstimmig zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25% jener Eigenmittel vorschreiben, die die Eigenmittelgrenze überschreiten. Die Eigenmittelgrenze besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

## Vertrag

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR wird für das L-IPS erstellt. Der Bericht zum 31. Dezember 2015 umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine aggregierte Bilanz und GuV. Darin einbezogen sind die Mitglieder des L-IPS:

- die RLB NÖ-Wien,
- die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien,
- 60 nö. Raiffeisenbanken (siehe Anlage 1),
- der Solidaritätsverein der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien,

weitere

- die Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (siehe Anlage 2),
- die „IMPRESO“ Beteiligungs GmbH und
- die „CARPETA“ Holding GmbH.

Gegenüber dem 31. Dezember 2014 hat sich die Anzahl der einbezogenen nö. Raiffeisenbanken infolge Fusion um eine Raiffeisenbank reduziert. Die im Vorjahr noch einbezogene „RaiVital“ Beteiligungs GmbH wurde im Jahr 2015 gelöscht.

Die im Bericht angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden orientieren sich grundsätzlich an den Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches (UGB) iV.m. dem Bankwesengesetz (BWG).

# Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

## Kooperation stärkt Marktposition

Die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. Sie verwaltet rund EUR 98,6 Mrd. Einlagen inländischer Kunden (exklusive Bauspareinlagen) und EUR 48,7 Mrd. an Spareinlagen. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich rd. 29.000 Mitarbeiter.

Die dreistufig aufgebaute Raiffeisen-Bankengruppe Österreich besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RZB (3. Stufe).

Die 477 selbständigen Raiffeisenbanken mit ihren 1.578 Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die autonomen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die

sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.

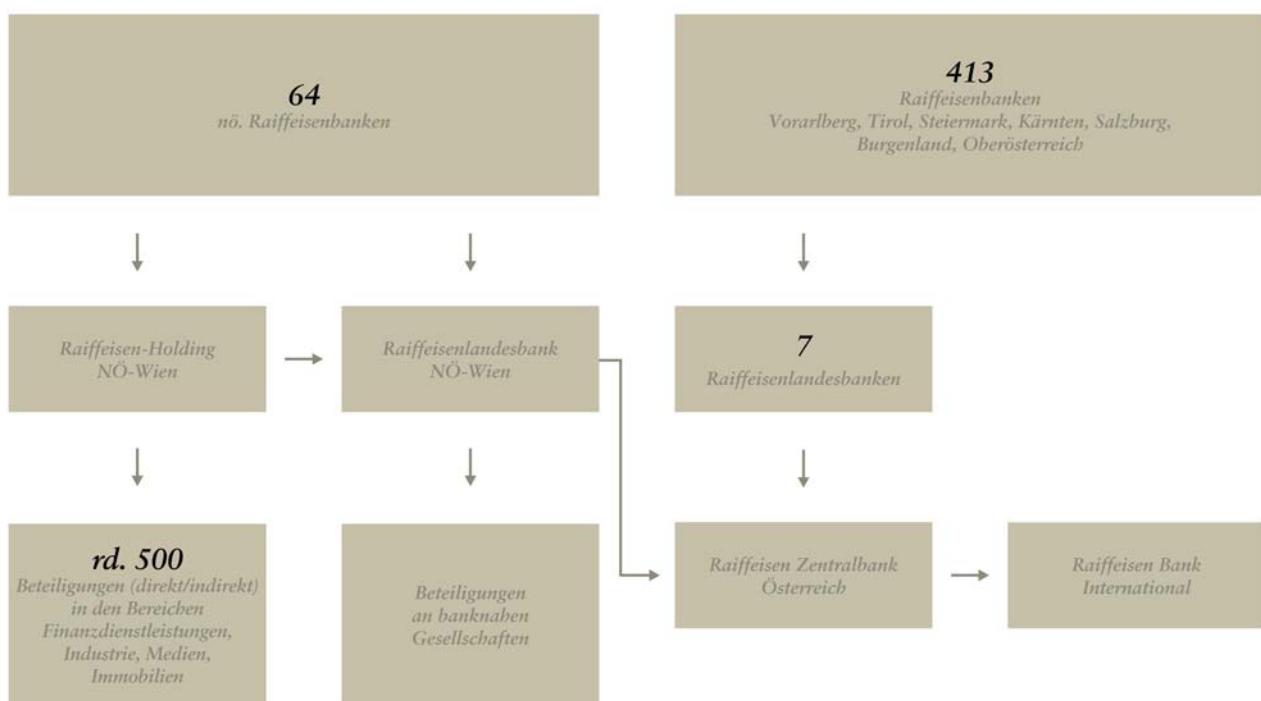
Raiffeisen NÖ-Wien besteht aus der RLB NÖ-Wien mit den nö. Raiffeisenbanken sowie einer der größten privaten Beteiligungsholdings Österreichs, der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken beschäftigen in Wien und Niederösterreich rund 4.300 Mitarbeiter an 534 Standorten. Gemeinsam betreuen sie mehr als 1,2 Mio. Kunden umfassend in allen Finanzfragen.

In der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien sind die Unternehmensbeteiligungen von Raiffeisen NÖ-Wien gebündelt. Als Genossenschaft steht sie im Eigentum ihrer Mitglieder, deren wichtigste Gruppe die nö. Raiffeisenbanken sind. Die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien hält Mehr- und Minderheitsbeteiligungen an mehreren Hundert Unternehmen mit rund 150.000 Mitarbeitern weltweit.

## Raiffeisen-Bankengruppe Österreich

Stand: 31. Dezember 2015

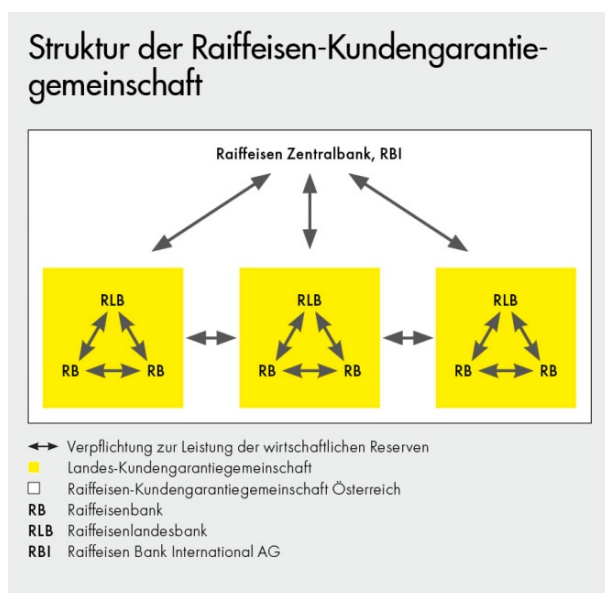


Als aktive Verbundbank unterstützt die RLB NÖ-Wien die nö. Raiffeisenbanken mit ihren Services und Dienstleistungen umfassend bei ihren Marktaktivitäten. Aufgrund des herausfordernden wirtschaftlichen Umfelds steht dabei vor allem die

Nutzung von Synergien im Vordergrund. Eine wesentliche Aufgabe der RLB NÖ-Wien liegt im Management der Liquidität für die Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien (Liquiditätsausgleichsfunktion).



## Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich



Im Jahr 2000 war die Raiffeisen-Bankengruppe Österreich mit der Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) Vorreiter bei der Einlagensicherung in Österreich. Die RKÖ hat rechtlich verbindlich gemacht, was innerhalb der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich von Beginn an galt: die Raiffeisenbanken, die Raiffeisen-Landeszentralen und die RZB unterstützen einander so, dass kein Kunde und Gläubiger zu Schaden kommen soll. Die RKÖ garantiert in Ergänzung zur gesetzlichen österreichischen Einlagensicherung nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken die

Einlagensicherheit für bis zu 100% der Kundeneinlagen. Sie umfasst – im Gegensatz zur gesetzlichen Einlagensicherung – sämtliche Einlagen der Sparer, egal ob es sich um Privatkunden handelt oder um Unternehmen. Darüber hinaus gilt sie auch für alle Fremdwährungseinlagen sowie die eigenen Wertpapieremissionen der Mitgliedsbanken.

Die Landes-Kundengarantiegemeinschaften haben sich auf Bundesebene mit der RZB und der Raiffeisen Bank International AG (RBI) in der RKÖ zusammengeschlossen. Der RKÖ gehören heute rund 83% aller österreichischen Raiffeisenbanken an und sie umfasst rd. 94% der gesamten Einlagen der RBG. Die RLB NÖ-Wien und die nö. Raiffeisenbanken sind neben den Raiffeisenbanken und Raiffeisenlandesbanken aus sechs anderen Bundesländern, der RZB und RBI Mitglieder der RKÖ.

Im Bedarfsfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise nach einem genau geregelten Verteilungs- und Belastungsschlüssel herangezogen, sodass Kundeneinlagen selbst im Falle eines – noch nie da gewesenen – Konkurses einer teilnehmenden Bank, auch über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus, werthaltig bleiben. Sollte die Tragfähigkeit einer Landes-Kundengarantiegemeinschaft die Einlösung sämtlicher geschützter Kundenforderungen gegen eine insolvente Bank nicht ermöglichen, stehen die Vereinsmitglieder der RKÖ gemäß der Satzung für die Erfüllung aller Kundeneinlagen und Eigenemissionen der insolventen Bank ein. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich angeboten.

# Entwicklung der Märkte

## Konjunktur international und in Europa

Das Jahr 2015 war turbulent: Es gab globale Ereignisse wie den fallenden Ölpreis, die Flüchtlingsströme und die schwächelnde Wirtschaft in China. Es gab europäische Probleme wie die griechische Staatsschuldenkrise, die anhaltend niedrige Inflation und den VW-Skandal, welche die Märkte beeinflussten.

Trotz des schwachen Starts in das Jahr 2015 verzeichnete die US-Wirtschaft einen soliden Wachstumskurs und ist mit 2,4% gleich stark wie im Jahr zuvor gewachsen (Quelle: Bureau of Economic Analyses). Als erste der großen Notenbanken hat die US-Notenbank Federal Reserve (FED) zum Jahresende erstmals seit neun Jahren den Leitzinssatz angehoben. Die Eurozone dürfte ihre solide Dynamik der letzten Jahre beibehalten haben, weshalb mit einem BIP-Wachstum von 1,6% gerechnet wird. Der private Konsum und die expansive Ausrichtung der Notenbank stützen den Aufschwung maßgeblich.

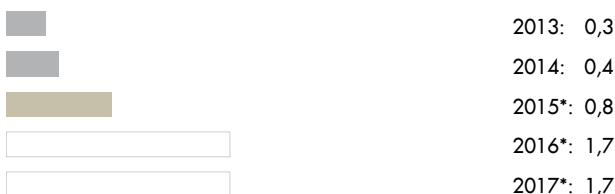
Der Ölpreis hielt sich 2015 auf tiefem Niveau, woraus eine viel zu niedrige Inflation (Inflationsrate der Eurozone im

Dezember bei 0,2%, Vergleich gegenüber dem Vorjahr) resultierte. Überdies gingen auch die Inflationserwartungen kontinuierlich zurück. Auch die Kreditvergabe an den Privatsektor war trotz der Liquiditätsflut noch vergleichsweise schwach.

Die Europäische Zentralbank (EZB) griff im letzten Jahr zu umfangreichen Maßnahmen um die Inflation anzutreiben und legte ein Anleihenkaufprogramm (Quantitative Easing, QE) i.H.v. EUR 1,5 Bio. auf. Seit März 2015 kauft die EZB jeden Monat für EUR 60,0 Mrd. Staatsanleihen von Euroländern, Pfandbriefe und Asset-Backed-Securities. Die Notenbank hat ihre Ankündigung, die Geldpolitik noch weiter zu lockern in der Sitzung am 3. Dezember 2015 wahr gemacht und das QE adaptiert: Die monatlichen Wertpapierkäufe wurden bis mindestens März 2017 verlängert, der Kreis der gekauften Papiere wurde ausgeweitet und Rückzahlungen werden reinvestiert. Außerdem wurde der Einlagenzinssatz um 10 Basispunkte auf -0,3% gesenkt.

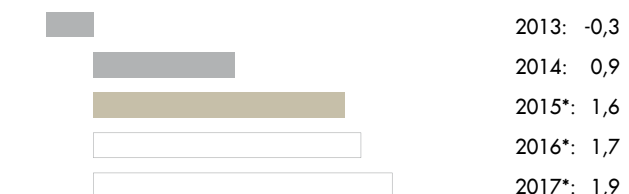
### BIP-Wachstum in Österreich in % gegenüber Vorjahr

\*Prognosen 2015-2017: WIFO Prognose vom 16.12.2015



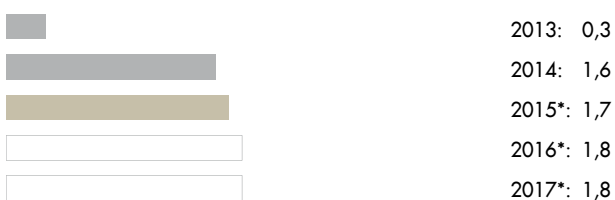
### BIP-Wachstum in der Eurozone in % gegenüber Vorjahr

\*Prognosen 2015-2017: EU-Kommission, Winter Forecast 2016



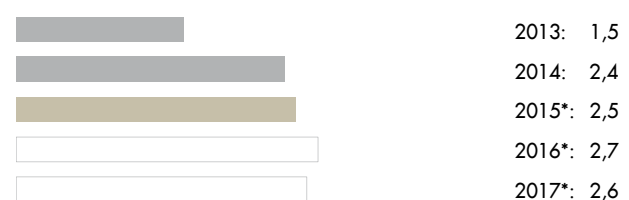
### BIP-Wachstum in Deutschland in % gegenüber Vorjahr

\*Prognosen 2015-2017: EU-Kommission, Winter Forecast 2016



### BIP-Wachstum in den USA in % gegenüber Vorjahr

\*Prognosen 2015-2017: EU-Kommission, Winter Forecast 2016



## Konjunktur in Österreich

Die Konjunktur erholte sich im Laufe des Jahres nur geringfügig. Exporte und Ausrüstungsinvestitionen lieferten Impulse, der private Konsum entwickelte sich hingegen schwach. Eine leichte Verbesserung war bei der Unternehmensstimmung zu beobachten. Andererseits verschlechterte sich das Verbrauchervertrauen und das außenwirtschaftliche Umfeld blieb durchwegs angespannt. Die österreichische Wirtschaft wuchs in nur mäßigem Tempo, es wird ein BIP-Zuwachs von 0,8% für 2015 erwartet.

Die angespannte Lage am österreichischen Arbeitsmarkt hielt weiterhin an. 2015 brachte einen weiteren Arbeitslosigkeitsrekord: Im Jahresschnitt waren knapp 420.000 Menschen

beim Arbeitsmarktservice (AMS) als arbeitslos gemeldet. Es stieg jedoch auch die Zahl der Beschäftigten kontinuierlich, vor allem in den Dienstleistungsbereichen. Allerdings nimmt das Arbeitskräfteangebot stärker zu, was auf die steigende Erwerbsbeteiligung älterer Personen und Frauen sowie auf die Zuwanderung zurückzuführen ist.

Die Inflationsrate lag im Dezember 2015 bei +1,0% (Vergleich gegenüber dem Vorjahr). Die Verbraucherpreise wurden durch den starken Verfall der Rohstoff- und Energiepreise gedrückt. Preistreiber sind hingegen weiterhin Mieten, Bewirtschaftungsleistungen und Versicherungsdienstleistungen.

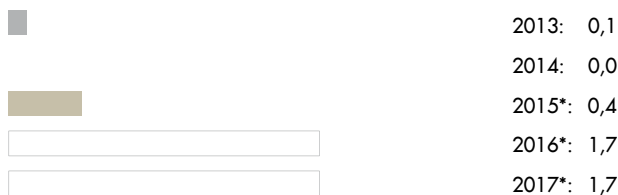
### Inflationsrate in Österreich in %

\*Prognosen 2015-2017: WIFO Prognose vom 16.12.2015



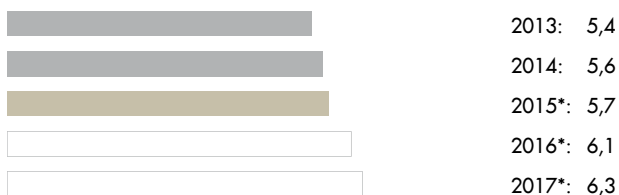
### Privater Konsum in Österreich in % gegenüber Vorjahr

\*Prognosen 2015-2017: WIFO Prognose vom 16.12.2015



### Arbeitslosenquote in Österreich in %

\*Prognosen 2015-2017: WIFO Prognose vom 16.12.2015



## Finanzmärkte im Überblick

- Die weitere Lockerung der EZB-Geldpolitik (siehe oben) führte zunächst zu einer Fortsetzung des Renditerückgangs von europäischen Staatsanleihen, die im April mit einer ausgeprägten Gegenbewegung nach oben unterbrochen wurde.
- Die im Jahresverlauf immer weiter steigende Überschussliquidität und der negative Einlagenzinssatz führten zu einem kontinuierlichen Rückgang der Geldmarktsätze.
- Die Schweizerische Notenbank (SNB) schockierte die Marktteilnehmer mit der Aufgabe der Mindestgrenze von 1,20 in EUR/CHF im Jänner 2015.
- Für die Aktienmärkte war 2015 erneut ein sehr turbulentes Jahr, die europäischen Börsen schlossen in der Regel positiv, der ATX sogar mit einem starken Plus von 11,0%.

### Zinsentwicklung

Als Reaktion auf die neuen Maßnahmen der EZB im vergangenen Jahr (siehe dazu weiter oben) bewegten sich die

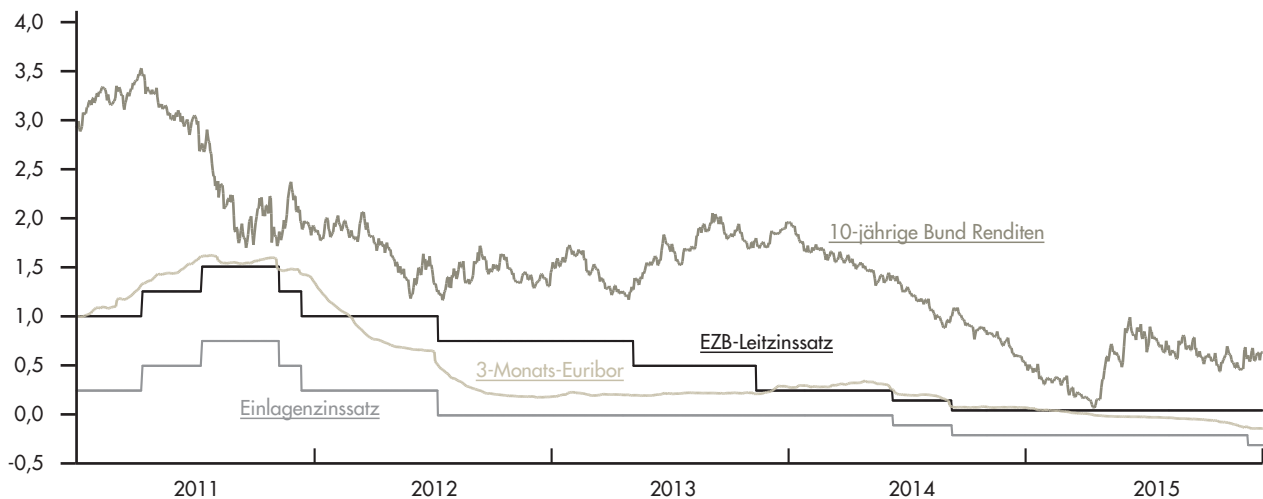
Zinsen am langen und kurzen Ende weiter nach unten. Der 3-Monats-Euribor ging weiter zurück und tauchte im April 2015 schließlich in den negativen Bereich ein. Die immer weiter zunehmende Überschussliquidität unter den Banken und die neuerliche Absenkung des Einlagezinssatzes (Dezember 2015 bei -0,30%) drückten den 3-Monats-Euribor zum Jahresende auf -0,131%.

Die Kapitalmarktrenditen setzten ihren bereits im Jahr 2014 eingeschlagenen Abwärtsfad bis Mitte April 2015 fort – danach setzte eine abrupte Gegenbewegung nach oben ein. Seit Juni 2015 gehen die Renditen im Trend wieder langsam nach unten. Die Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen lag zu Beginn des Jahres bei 0,54% und schloss nur minimal höher bei 0,63%, zwischenzeitlich notierte diese bei 0,99% (10. Juni 2015).

### Eurozone-Zinssätze

in %

Quelle: Thomson Reuters Datastream



## Währungen und Aktienmärkte

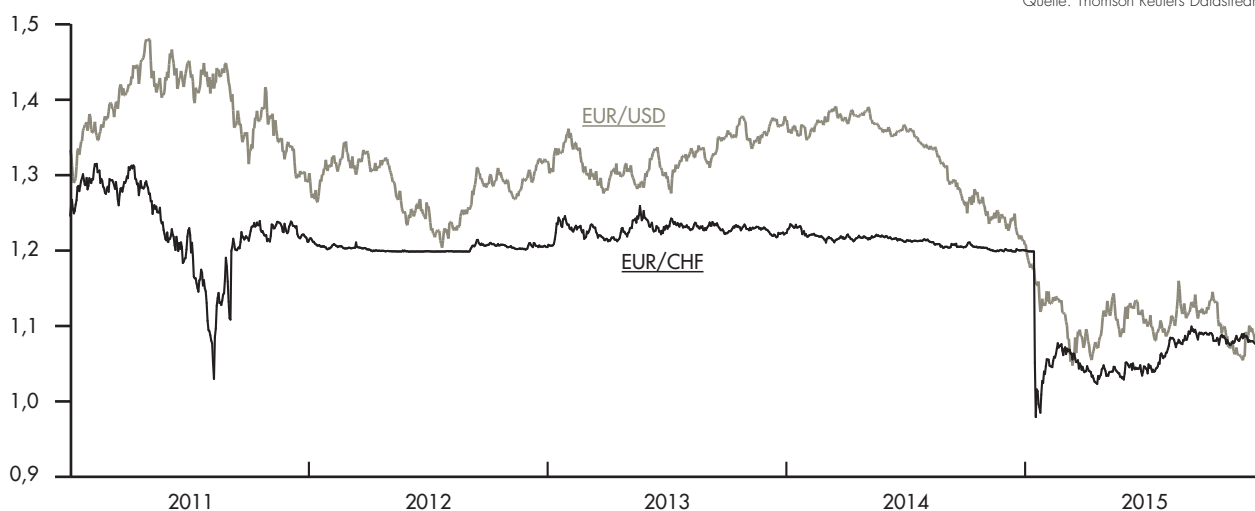
Bis zum März 2015 setzte sich der Abwertungstrend des Euro zum Dollar fort – der Markt preiste die noch expansivere Ausrichtung der EZB im Kontrast zur US-Notenbank ein. Letztere hob schließlich zum Jahresende ihren Leitzins um 25 Basispunkte an. Zum Jahresschluss notierte der Wechselkurs bei EUR/USD 1,0863. Für großes Aufsehen sorgte die Schweizerische Nationalbank, die im Jänner 2015 unangekündigt den Mindestkurs von EUR/CHF von 1,20 aufgab. Dies hatte zunächst eine massive Frankenaufwertung bis unter die Parität zur Folge. Seitdem interveniert die SNB immer wieder in kleinerem Ausmaß am Devisenmarkt, um den Franken nicht zu stark aufwerten zu lassen. Nachdem die Griechenland-Krise, die im Frühjahr zu eskalieren drohte, eingedämmt wurde, nahm der Druck auf die Schweizer Währung in der zweiten Jahreshälfte ab. Zum Jahresende notierte das Währungspaar EUR/CHF bei 1,0886.

Das Jahr 2015 war in fast allen Märkten ein positives oder zumindest kein richtig schlechtes Aktienjahr: Europa und die USA haben erneut eine sehr solide Performance hingelegt – wenn auch mit zwischenzeitlich deutlichen Einbrüchen. Nahezu alle europäischen wie auch US-Indizes konnten im Verlauf des Jahres neue Allzeithochs erreichen. Auch wenn es zum Jahresende nochmals deutliche Verluste zu verzeichnen gab, blieb die Gesamtjahresperformance positiv. Der DAX legte im Jahresverlauf um 9,6% zu, der ATX sogar um 11,0%. Vor allem die Unsicherheit um den Zeitpunkt der ersten Zinserhöhung in den USA wirkte belastend. Zusätzlich führten Sorgen um die Abschwächung der chinesischen Konjunktur und enorme Volatilität an den dortigen Börsen zu zwischenzeitlich deutlichen Kursverlusten an den europäischen und amerikanischen Aktienmärkten.

### Entwicklung des EUR vs. USD und CHF

EUR/CHF und EUR/USD

Quelle: Thomson Reuters Datastream



## Entwicklung des österreichischen Bankensektors

Quelle: OeNB, Statistiken – Daten & Analysen Q2/16

Im Jahr 2015 schrumpfte die Bilanzsumme der österreichischen Kreditinstitute um -2% und blieb damit im Abwärtstrend der letzten dreieinhalb Jahre. Bei den Krediten an Kunden (Nichtbanken) gab es per 31. Dezember 2015 im Vergleich zum 31. Dezember 2014 einen leichten Zuwachs um 0,4%. Die Forderungen an Kreditinstitute lagen um 21,6% unter dem Vorjahreswert. Während passivseitig die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 18,5% niedriger waren, stiegen die Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken um 3,8%.

Die Ertragslage der österreichischen Banken entwickelte sich im Jahresverlauf 2015 positiv. Das Nettozinsergebnis lag um -5,2%, die Betriebserträge um -2,3% unter dem Vergleichswert 2014. Nachdem jedoch die Betriebsaufwendungen gesenkt werden konnten, fiel das Betriebsergebnis mit EUR 10,5 Mrd. um EUR 1,7 Mrd. besser aus als ein Jahr zuvor. Deutlich geringere Risikovorsorgen führten zu einem gegenüber dem Vorjahr um EUR 4,6 Mrd. auf EUR 5,2 Mrd. verbesserten Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen.

# Erläuterung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

## Ertragslage 2015

in TEUR	2015	2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Nettozinsertrag	493.431	470.123	23.308	5,0
Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	77.258	217.410	-140.152	-64,5
Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-7.265	-179.242	171.977	-95,9
Provisionsüberschuss	176.719	172.753	3.965	2,3
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	6.929	6.495	434	6,7
Sonstige betriebliche Erträge	233.031	136.569	96.462	70,6
<b>Betriebserträge</b>	<b>980.102</b>	<b>824.108</b>	<b>155.994</b>	<b>18,9</b>
Personalaufwand	-294.599	-323.553	28.954	-8,9
Sachaufwand	-237.128	-245.342	8.214	-3,3
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	<b>-531.728</b>	<b>-568.895</b>	<b>37.167</b>	<b>-6,5</b>
Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-47.938	-34.363	-13.575	39,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-196.003	-167.017	-28.986	17,4
<b>Betriebsaufwendungen</b>	<b>-775.668</b>	<b>-770.275</b>	<b>-5.394</b>	<b>0,7</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>204.434</b>	<b>53.834</b>	<b>150.601</b>	<b>-</b>

Der Nettozinsertrag lag im Jahr 2015 bei EUR 493,4 Mio. (VJ: 470,1 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken EUR 349,8 Mio. bzw. 71% beitrugen. Im Einlagengeschäft belastete das historisch niedrige Zinsniveau die erzielbaren Margen und stellten sowohl die RLB NÖ-Wien als auch die nö. Raiffeisenbanken anhaltend vor große Herausforderungen.

Durch konsequente Konditionenpolitik, Wachstum im Aktivgeschäft und entsprechende Ergebnisbeiträge aus der Eigenveranlagung konnte der Nettozinsertrag gegenüber dem Vorjahr um 5,0% verbessert werden.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen i.H.v. EUR 77,3 Mio. (VJ: 217,4 Mio.) enthielten vor allem die – gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren – Erträge aus den Beteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Das Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen enthält das anteilige Ergebnis der RZB, an der die RLB NÖ-Wien 34,74% hält, und beeinflusst das Jahresergebnis des L-IPS

wesentlich. Die at Equity-Beteiligung an der RZB wurde aufgrund des Vorliegens von Triggering Events (v.a. aufgrund der anhaltend angespannten Situation des wirtschaftlichen Umfeldes in wesentlichen Märkten der RBI AG) einem Wertminderungstest unterzogen. Das anteilige RZB Ergebnis schlägt mit EUR 82,3 Mio. sowie der Effekt aus der Bewertung der RZB mit EUR -89,6 Mio. zu Buche. Die deutliche Verbesserung des Ergebnisses aus at Equity bilanzierten Unternehmen gegenüber dem Vorjahr resultierte somit aus dem besseren Ergebnis der RZB.

Der Provisionsüberschuss erreichte 2015 EUR 176,7 Mio. (VJ: 172,8 Mio.), zu dem die nö. Raiffeisenbanken ca. 62% beitrugen.

Das Ergebnis aus Finanzgeschäften trägt lediglich mit EUR 6,9 Mio. (VJ: 6,5 Mio.) zum Betriebsergebnis bei.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von EUR 233,0 Mio. (VJ: 136,6 Mio.) enthielten von der RLB

NÖ-Wien Erträge von Derivaten in Höhe von EUR 138,0 Mio. (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Erträge aus dem derivativen Geschäft, Auflösung der Rückstellung für Zinsderivate in funktionalen Einheiten).

Aus den beschriebenen Entwicklungen resultierten für das Geschäftsjahr 2015 **Betriebserträge** i.H.v. EUR 980,1 Mio., nach EUR 824,1 Mio. im Jahr 2014.

Der **Personalaufwand** betrug im Jahr 2015 EUR 294,6 Mio. (VJ: 323,6 Mio.), wovon knapp 2/3 auf die nö. Raiffeisenbanken entfielen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr war vor allem auf Auflösungen bei den Pensionsrückstellungen und geringeren Dotierungserfordernissen bei den sonstigen Personalrückstellungen zurückzuführen.

Der **Sachaufwand** betrug im Jahr 2015 EUR 237,1 Mio., nach EUR 245,3 Mio. im Jahr 2014. Davon entfielen EUR 111,8 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken, EUR 95,9 Mio.

auf die RLB NÖ-Wien und EUR 26,2 Mio. auf die Raiffeisen-Holding NÖ-Wien.

Bereinigt um die Aufwendungen für Derivate i.H.v. EUR 137,4 Mio. (Close Outs, Prämien für Optionsgeschäfte, sonstige Aufwendungen aus dem derivativen Geschäft), die in der RLB NÖ-Wien anfielen, betragen die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** rund EUR 34,0 Mio. Darin enthalten waren auch Aufwendungen für eingetretene und potenzielle Schadensfälle aus Kundengeschäften.

In Summe lagen die **Betriebsaufwendungen** im Jahr 2015 bei EUR 775,7 Mio., nach EUR 770,3 Mio. im Jahr 2014.

Für das L-IPS wird im Jahr 2015 ein **Betriebsergebnis** i.H.v. EUR 204,4 Mio. (VJ: 53,8 Mio.) ausgewiesen.

in TEUR	2015	2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Betriebsergebnis	204.434	53.834	150.601	-
Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren Umlaufvermögen Bankbuch	13.885	-79.615	93.500	-
Ergebnis aus Wertpapieren Anlagevermögen und Beteiligungen	-47.777	-51.539	3.762	-7,3
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>170.542</b>	<b>-77.320</b>	<b>247.862</b>	-
Außerordentliches Ergebnis	-8.425	18	-8.444	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-28.917	-19.415	-9.502	48,9
Sonstige Steuern	-27.947	-27.039	-908	3,4
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>105.253</b>	<b>-123.755</b>	<b>229.008</b>	-
Rücklagenbewegung	-67.274	-53.813	-13.461	25,0
<b>Jahresgewinn/Jahresverlust</b>	<b>37.979</b>	<b>-177.568</b>	<b>215.547</b>	-
Feste Vergütungen für Partizipationskapital	-5.276	-5.255	-21	0,4
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	69.524	8.951	60.573	-
<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>102.227</b>	<b>-173.871</b>	<b>276.098</b>	-



Das **Ergebnis aus Kreditvorsorgen und Wertpapieren des Bankbuch Umlaufvermögens** betrug EUR 13,9 Mio. (VJ: -79,6 Mio.). Das positive Risikoergebnis spiegelt zum einen die erfreuliche Risikosituation bei den Mitgliedsinstituten des L-IPS wider und enthält zum anderen EUR 43,3 Mio. Ertrag aus dem planmäßigen Abbau von Wertpapiervolumina durch die RLB NÖ-Wien im Jahr 2015.

Das **Ergebnis aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren des Anlagevermögens und Beteiligungen** beläuft sich auf EUR -47,8 Mio. (VJ: -51,5 Mio.). Darin enthalten sind insbesondere Bewertungserfordernisse für Beteiligungen in der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und der Erlös aus dem Verkauf von Anteilen an der Raiffeisen Bausparkasse von der RLB NÖ-Wien an die RZB.

Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus Krediten, Wertpapieren und Beteiligungen beträgt in Summe im Jahr 2015 EUR 8,7 Mio., nach EUR -131 Mio. im Jahr 2014.

Das EGT des L-IPS betrug im Jahr 2015 EUR 170,5 Mio., nach einem negativen EGT von EUR -77,3 Mio. im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** i.H.v. EUR 105,3 Mio. (VJ: Jahresfehlbetrag von EUR -123,8 Mio.) berücksichtigt die Steuern vom

Einkommen und Ertrag (EUR -28,9 Mio) sowie die sonstigen Steuern (EUR -27,9 Mio.). Dieser Posten wird fast ausschließlich von der Bankenabgabe dominiert.

Die Rücklagenbewegung i.H.v. EUR -67,3 Mio. enthält vor allem Zuweisungen der Raiffeisenbanken an die Gewinnrücklage. In der Rücklagenbewegung wird auch der Beitrag der RLB NÖ-Wien und der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien an das B-IPS – das gemeinsam mit der RZB und den anderen Raiffeisenlandesbanken gegründete Institutsbezogene Sicherungssystem im Sinne der Bestimmungen der CRR – und das L-IPS zur Dotierung des jeweiligen ex-ante Fonds i.H.v. EUR 9,7 Mio. ausgewiesen.

Nach Berücksichtigung der Rücklagenbewegung beträgt der **Jahresgewinn** des L-IPS per 31. Dezember 2015 EUR 38,0 Mio., nach einem Jahresverlust i.H.v. EUR -177,6 Mio. im Jahr 2014.

Abzüglich der festen Vergütung für Partizipationskapital der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien (EUR -5,3 Mio.) und zuzüglich des Gewinnvortrags i.H.v. EUR 69,5 Mio. ergibt sich ein **Bilanzgewinn** i.H.v. EUR 102,2 Mio., nach einem Bilanzverlust i.H.v. EUR -173,9 Mio. im Jahr 2014.

## **Bilanzstruktur 2015**

Die Bilanzstruktur des L-IPS ist aktivseitig dominiert von der Position Forderungen an Kunden. Das Kreditwachstum im Jahr 2015 unterstreicht die starke Markt- und Kundenorientierung der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien. Auf der

Passivseite zeigt der hohe Anteil der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ca. 57% der Bilanzsumme) die solide Refinanzierungsstruktur des L-IPS.

**Aktiva**

in EUR Mio.	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	4.738	5.289	-551	-10,4
Forderungen an Kunden	22.703	22.134	569	2,6
Festverz. u. nicht festverz. Wertpapiere	5.985	6.662	-677	-10,2
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	3.222	3.294	-73	-2,2
Übrige Aktiva	2.377	1.928	448	23,2
<b>Bilanzsumme</b>	<b>39.024</b>	<b>39.307</b>	<b>-283</b>	<b>-0,7</b>

Die **Forderungen an Kreditinstitute** betragen zum 31. Dezember 2015 EUR 4.738,1 Mio. (VJ: 5.289,2 Mio.) und entfielen fast ausschließlich auf die Geschäftstätigkeit der RLB NÖ-Wien.

Die **Forderungen an Kunden** lagen zum 31. Dezember 2015 bei EUR 22.702,8 Mio. (VJ: 22.133,7 Mio.). Davon entfielen EUR 11.646,9 Mio. auf die RLB NÖ-Wien und EUR 10.725,9 Mio. auf die nö. Raiffeisenbanken.

Der **Wertpapierbestand** wurde vor allem aufgrund des planmäßigen Abbaus von ausgewählten Wertpapierbeständen durch die RLB NÖ-Wien reduziert und betrug zum 31. Dezember 2015 EUR 5.985,2 Mio.

Die **Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen** wiesen zum 31. Dezember 2015 einen Stand von EUR 3.221,6 Mio. auf. Darin waren sowohl die von der RLB NÖ-Wien (indirekt) gehaltene Beteiligung an der RZB als auch die Industriebeteiligungen der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien enthalten.

Das Volumen der **übrigen Aktiva** betrug EUR 2.376,6 Mio. Darin enthalten waren das Sachanlagevermögen, der Kassenbestand und die Handelsbuchderivate der RLB NÖ-Wien.

**Passiva**

in EUR Mio.	31.12.2015	31.12.2014	Veränderung absolut	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.728	6.837	-1.109	-16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (ohne Spar)	11.148	10.294	854	8,3
Spareinlagen	11.012	11.391	-379	-3,3
Verbriefte Verbindlichkeiten i.w.S.	6.809	6.701	108	1,6
Rückstellungen	335	407	-72	-17,7
Eigenkapital	3.004	2.868	136	4,8
übrige Passiva	988	809	179	22,1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>39.024</b>	<b>39.307</b>	<b>-283</b>	<b>-0,7</b>

Das Volumen der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** beträgt zum Bilanzstichtag 2015 EUR 5.728,2 Mio. Diese Refinanzierungsmittel werden von der RLB NÖ-Wien aufgebracht. Der Rückgang um EUR 1.109,1 Mio. gegenüber 2014 war auf das geringere Refinanzierungserfordernis zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden inklusive Spareinlagen** konnten um EUR 474,9 Mio. ausgeweitet werden und betragen EUR 22.160,2 Mio., die zu ca. zwei Drittel den nö. Raiffeisenbanken zuzuordnen waren (überwiegend in Form von Spareinlagen).

Die **Verbrieften Verbindlichkeiten i.w.S.** (inklusive Ergänzungskapital) lagen zum 31. Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert bei EUR 6.808,9 Mio. und wurden fast ausschließlich von der RLB NÖ-Wien emittiert.

Das L-IPS hat zum Bilanzstichtag 2015 **Eigenkapital** i.H.v. EUR 3.004,4 Mio. zu Buche stehen. Das Eigenkapital setzt sich überwiegend aus Gewinnrücklagen zusammen (EUR 1.945,5 Mio.).

Die Position **übrige Passiva beinhaltet die Sonstigen Verbindlichkeiten und die Rechnungsabgrenzungsposten** und betrug per 31. Dezember 2015 EUR 987,6 Mio.

# Finanzielle Leistungsindikatoren

## Erfolgskennzahlen

Die **Cost/Income-Ratio** – das sind die Betriebsaufwendungen im Verhältnis zu den Betriebserträgen – lag im Jahr 2015 bei 79,9%.

Der **Return on Equity nach Steuern** – die Eigenkapitalverzinsung bezogen auf das durchschnittliche Eigenkapital – erreichte im Jahr 2015 einen Wert von 3,6%.

## Aufsichtsrechtliche Eigenmittel

Seit 1. Jänner 2014 sind auch für das L-IPS die Bestimmungen nach Basel III gemäß CRR sowie die in das BWG übernommenen Bestimmungen der Capital Requirements Directive (CRD) IV für die Berechnung der Eigenmittel maßgeblich. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel des L-IPS werden originär auf Basis der Zahlen des IPS errechnet. Der Buchwert der Beteiligung an der RZB wird wie andere Beteiligungen an Kreditinstituten nach Berücksichtigung des entsprechenden Freibetrags und unter Anwendung der bezugnehmenden Übergangsbestimmungen der CRR abgezogen.

in TEUR	2015	2014
Eingezahltes Kapital	228.216	227.806
Einbehaltene Gewinne	2.729.580	2.568.190
<b>Hartes Kernkapital vor Abzugsposten</b>	<b>2.957.796</b>	<b>2.795.996</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände inkl. Firmenwerte	-8.974	-6.198
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-983.134	-946.998
Korrekturposten bonitätsbedingte Wertänderung Derivate	-4.534	-2.397
Wertanpassung aufgrund der Anforderung für eine vorsichtige Bewertung	-2.371	-2.520
<b>Hartes Kernkapital nach Abzugsposten (CET1)</b>	<b>1.958.783</b>	<b>1.837.883</b>
Zusätzliches Kernkapital	175.000	276.000
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Sonstige Übergangsanpassungen	-175.000	-276.000
<b>Zusätzliches Kernkapital nach Abzugsposten (AT1)</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Kernkapital nach Abzugsposten (T1)</b>	<b>1.958.783</b>	<b>1.837.883</b>
Ergänzungskapital	711.416	773.293
Haftsummenzuschlag	285.108	369.710
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach Standardansatz	0	61.400
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
Abzugsposten für Eigenmittelinstrumente von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-396.045	-412.451
<b>Ergänzende Eigenmittel nach Abzugsposten (T2)</b>	<b>600.480</b>	<b>791.952</b>
<b>Gesamte anrechenbare Eigenmittel</b>	<b>2.559.263</b>	<b>2.629.835</b>
<b>Gesamtes Eigenmittelerfordernis</b>	<b>1.792.005</b>	<b>1.865.276</b>
Eigenmittelüberschuss	767.258	764.560
Überdeckungsquote in %	42,8	41,0
Harte Kernkapitalquote in % (CET1 Ratio)	8,7	7,9
Kernkapitalquote in % (Tier 1 Ratio)	8,7	7,9
Eigenmittelquote in % (Total Capital Ratio)	11,4	11,3

Die **anrechenbaren Eigenmittel** des IPS NÖ-Wien erreichten zum 31. Dezember 2015 ein Volumen von EUR 2.559,3 Mio. (VJ: 2.629,8 Mio.).

Die **Common Equity Tier 1 (CET 1) Ratio** (transitional) beträgt per 31. Dezember 2015 8,7% (VJ: 7,9%). Die **Total**

**Capital Ratio** beträgt 11,4% (VJ: 11,3%). Beide Kennzahlen liegen damit deutlich über dem gesetzlichen Mindestanforderung von 4,5% bzw. 8,0%. Das L-IPS verfügt demnach über eine ausreichende Eigenmittelbasis.

# Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das L-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Solidaritätsverein trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des L-IPS entsprechenden Früherkennungssystems. Er bedient sich dabei zur Erfüllung seiner Aufgaben der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien. Mit der Erstellung der für das L-IPS erforderlichen Berichte (Bilanz, GuV, Lagebericht und Risikobericht) sowie der Eigenmittelberechnung wurde die RLB NÖ-Wien beauftragt, die damit auch die Verantwortung für ein angemessenes internes Kontrollsystem (IKS) hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses trägt.

Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im L-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsverrechnung gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR entschieden. In der Folge soll sowohl hinsichtlich der erweitert aggregierten Zusammenfassungsverrechnung als auch hinsichtlich der für den L-IPS-Bericht notwendigen Bilanz und GuV von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten GuV gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von „Konsolidierung“ gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutsgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR wird das L-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des L-IPS herun-

ter zu brechen. Somit erfolgen von diesem Grundsatz her etwa keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des L-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des L-IPS.

## Kontrollumfeld

In der RLB NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

## Kontrollmaßnahmen in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien bzw. bei den Raiffeisenbanken durch das Rechnungswesen. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sowie Raiffeisenbanken sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich.

## IPS-Konsolidierung

Im L-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den 60 nö. Raiffeisenbanken, der RLB NÖ-Wien, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien sowie den restlichen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe und dem Solidaritätsverein und seinen Töchtern. Die erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind im für Banken anzuwendenden BWG-Schema erstellt. Als Basis für den L-IPS Bericht werden die Jahresabschlüsse der Mitglieder nach UGB bzw. UGB/BWG herangezogen. Ausgenommen davon ist die RZB, für die nur ein Konzernabschluss auf Basis der internationalen Rechnungslegungsstandards (IFRS) verfügbar ist. Für Zwecke des L-IPS wird das Ergebnis der Equity-Bilanzierung aus dem IFRS-Rechnungslegungsabschluss herangezogen.

### Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelverwendung der Eigenmittel führen. Es sind daher der Beteiligungsbuchwert u.a. der 60 nö. Raiffeisenbanken und das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Sollten diese Buchwerte höher sein als das anteilige Eigenkapital bei der RLB NÖ-Wien (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert verrechnet. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen des Geschäftsjahres sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen durchzuführen.

### Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderem auch sonstige Vermögensgegenstände, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein.

Die erweitert aggregierte Bilanz und GuV wird samt Lage- und Risikobericht im Risikorat behandelt und zur Verabschiedung vorgelegt sowie im Rahmen des L-IPS-Berichtes auf der Internetseite der RLB NÖ-Wien veröffentlicht.

### Gewinn- und Verlustrechnung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei den Positionen der GuV wird im Rahmen der erweiterten Aggregation grundsätzlich davon ausgegangen, dass sich bestimmte Aufwands- und Ertragspositionen aus Geschäften zwischen den Mitgliedsinstituten ausgleichen und sich somit etwa das Zins- und Provisionsergebnis auch bei entsprechender Aufwands- und Ertragskonsolidierung nicht ändern würde. GuV-Positionen als Folge von Verflechtungen, die sich nicht ausgleichen und die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertragslage haben (z.B. Dividendenausschüttungen innerhalb des L-IPS, Zu- und Abschreibungen auf Instrumente von L-IPS-Mitgliedern, Erträge aus Veräußerungstransaktionen innerhalb des L-IPS) werden konsolidiert.

### Information und Kommunikation

Grundlage für die erweitert aggregierte Bilanz und GuV sind standardisierte Datenerhebungen von den erfassten Unternehmen. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsverrechnung für das L-IPS gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. a) iv) CRR sowie der Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten GuV, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das L-IPS gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im veröffentlichten Bericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweitert aggregierten Bilanz und GuV dargestellt. Die erweitert aggregierte Bilanz, die GuV, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom externen Abschlussprüfer geprüft.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

## Bescheid

Die FMA erteilt als zuständige Behörde nach Maßgabe des Art. 113 Abs. 7 CRR iVm Art. 113 Abs. 6 CRR jedem der Mitglieder des L-IPS (siehe Allgemeine Informationen, Seite 6) jeweils als Antragsteller und Gegenpartei im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Landesebene, gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art. 113 Abs. 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

## Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung für das L-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex-ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen:

- Für das L-IPS ist eine konsolidierte Bilanz sowie GuV oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsverrechnung halbjährlich zu erstellen und der FMA zu melden. Dabei hat bis zum 31. Dezember 2015 ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard zur Anwendung zu kommen.
- Für sämtliche Mitglieder des L-IPS sowie für die nicht dem L-IPS angehörigen Mitglieder einer Kreditinstitutsgruppe eines Mitglieds des L-IPS sind für Zwecke der Eigenmittelberechnung des L-IPS ein einheitlicher Rechnungslegungsstandard sowie einheitliche Bewertungsvorschriften bis zum 31. Dezember 2015 sicherzustellen. In Erfüllung dieser Vorgabe wurden die Sozialkapitalrückstellungen einheitlich nach UGB bewertet und für alle L-IPS Mitglieder wurde eine Pauschalwertberichtigung gebildet.
- Im Bereich des Liquiditätsmanagements sind methodische Weiterentwicklungen vorzunehmen und der FMA auf monatlicher Basis die Liquidity Coverage Ratio (LCR)-Berechnung auf Ebene des L-IPS NÖ-Wien zu melden.

Die Bedingungen wurden fristgerecht umgesetzt.

## Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt dem Risikorat. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter der RLB NÖ-Wien für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Die Interne Revision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften der RLB NÖ-Wien. Der Leiter der Internen Revision berichtet direkt an die Vorstände der RLB NÖ-Wien.



# Funding

Die Banken im L-IPS refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Hauptrefinanzierungsquelle des L-IPS sind die Kundeneinlagen der 60 nÖ. Raiffeisenbanken und der RLB NÖ-Wien mit einem Volumen von EUR 22,2 Mrd. Ende 2015 und einem Anteil von 63,9% an der Gesamtrefinanzierung. Den größten Anteil an den Kundeneinlagen haben Spareinlagen von Privatpersonen.

Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis für das L-IPS und macht es weniger anfällig für Turbulenzen an den Finanzmärkten.

in EUR Mio.	2015	Anteil
Kundeinlagen	22.160	63,90%
Einlagen von Banken	5.728	16,50%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.943	17,10%
Nachrangige Verbindlichkeiten	865	2,50%
<b>Gesamt</b>	<b>34.696</b>	<b>100,00%</b>

in EUR Mio.	2014	Anteil
Kundeinlagen	21.685	61,50%
Einlagen von Banken	6.837	19,40%
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.832	16,60%
Nachrangige Verbindlichkeiten	870	2,50%
<b>Gesamt</b>	<b>35.224</b>	<b>100,00%</b>

Für die RLB NÖ-Wien als Spitzeninstitut der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien ist die Diversifizierung der Finanzierungsquellen ein strategisch wichtiges Thema. Seit 2007 verfügt die RLB NÖ-Wien über ein Rating der externen

Ratingagentur Moody's Investors Service. Im Jahr 2007 wurde weiters zusätzlich zum österreichischen Emissionsprogramm das „Debt Issuance Programme“ der RLB NÖ-Wien aufgelegt, das als Basis für alle internationalen Emissionen dient. Die beiden Emissionsprogramme ermöglichen die Auflage sowohl von öffentlichen Anleihen als auch von maßgeschneiderten Privatplatzierungen.

Insbesondere der Markt für besicherte Anleihen wird von der RLB NÖ-Wien als strategisch wichtig angesehen, da diese Anleiheform in Folge veränderter regulatorischer Rahmenbedingungen an Bedeutung gewonnen hat. Die RLB NÖ-Wien hat zwei Deckungsstöcke (öffentlich und hypothekarisch) eingerichtet, die unter Einbindung der niederösterreichischen Raiffeisenbanken weiter ausgebaut werden.

Aufgrund ihrer Kapitalmarktaktivität legt die RLB NÖ-Wien großen Wert auf eine transparente und aussagekräftige Kommunikation mit allen interessierten Akteuren, z.B. im Rahmen von Teilnahmen an Kapitalmarktkonferenzen, Investorenmeetings und Roadshows.

Mit zwei Benchmarkemissionen der RLB NÖ-Wien im Volumen von jeweils EUR 500 Mio. auf Basis des hypothekarischen Deckungsstocks konnten im Jahr 2015 weitere Covered Bonds platziert werden. Das stetig steigende Volumen des hypothekarischen Deckungsstocks der RLB NÖ-Wien bildet die Basis für weitere Transaktionen in den nächsten Jahren.

Zusätzlich zur Refinanzierung auf den Kapitalmärkten nutzt die RLB NÖ-Wien Investitionsprogramme der EZB, die das Kreditwachstum in der Eurozone fördern sollen. Durch den Abschluss von bilateralen Verträgen mit den 60 nÖ. Raiffeisenbanken konnte im Jahr 2014 dabei die Grundlage für die Berechnung des potenziellen Tendervolumens deutlich erhöht werden.

# Besondere Vorgänge nach dem Bilanzstichtag

Im Zuge des Projektes „Shared Services“ wird im ersten Quartal 2016 eine Gruppe von zirka 80 Mitarbeitern in ein Beteiligungsunternehmen, die RSC Raiffeisen Service Center GmbH, die unter gemeinschaftlicher Leitung von Unternehmungen des Raiffeisensektors steht, aus der RLB NÖ-Wien ausgegliedert. Das Projekt „Shared Services“ hat das Ziel durch Zentralisierung von standardisierten Abwicklungstätigkeiten Back Office Prozesse zu optimieren.

Die Mitglieder des L-IPS halten zum 31. Dezember 2015 Anleihen in Nominale von EUR 36 Mio. an der HETA ASSET RESOLUTION AG. Das Rückkauf-Angebot des Kärntner Ausgleichs-Zahlungsfonds (K-AF) wurde im Jänner 2016 unterbreitet und bedarf einer Zustimmung von Gläubigern, die zumindest zwei Drittel des Betrages halten. Für Senior Schuldtitel wird eine Quote von 75% geboten, für nachrangige Schuldtitel eine Quote von 30%. Bei Annahme des Angebots konnten die Investoren mit den Erlösen eine Nullkupon-Bundesanleihe mit 18 Jahren Laufzeit zu 75% des Nominales erwerben. Am 14. März 2016 gab der K-AF bekannt, dass die Angebote von den Gläubigern der Schuldtitel nicht mit den für den Erwerb der von den Angeboten umfassten Schuldtiteln gemäß § 2a Abs. 4 FinStaG erforderlichen Mehrheiten angenommen wurden, die in der Angebotsunterlage als Transaktionsbedingungen bezeichneten Bedingungen für den Erwerb der von den Angeboten umfassten Schuldtitel somit nicht erfüllt sind und der Fonds keine der von den Angeboten umfassten Schuldtitel erwerben wird. Die FMA hat mit Bescheid vom 10. April 2016 die Eckdaten für die weitere Abwicklung der HETA ASSET RESOLUTION AG erlassen und insbesondere einen Schuldenschnitt von 100 % für alle nachrangigen Verbindlichkeiten und einen Schuldenschnitt von 53,98 % auf 46,02 % für alle berücksichtigungsfähigen vorrangigen Verbindlichkeiten festgesetzt. Im Jahr 2016 wurden Anleihen in Nominale von EUR 25 Mio. veräußert.

Der Bund und eine bedeutende Anzahl von HETA-Gläubigern landesbehäfteter Schuldtitel der HETA ASSET RESOLUTION AG (HETA) haben am 18. Mai 2016 ein Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet, mit dem die Parteien ihre gemeinsame Absicht bekräftigen, eine gütliche Einigung über die Restrukturierung der landesbehäfteten Verbindlich-

keiten der HETA zu erzielen. Den HETA-Gläubigern soll wie schon bisher eine Barzahlung von 75% für Senior-HETA-Schuldtitel und 30% für Nachrang-HETA-Schuldtitel angeboten werden. Alternativ wird den Gläubigern als Gegenleistung eine Nullkupon-Inhaberschuldverschreibung (Zero-Bond) des KAF mit einer Laufzeit von etwa 13,5 Jahren angeboten.

Die RBI gab am 1. März 2016 bekannt, dass der im September 2015 angekündigte Verkauf ihrer Direktbank ZUNO BANK AG an die Alfa-Bankengruppe nicht zum Abschluss gebracht werden wird. Die ABH Holdings S.A., die Konzernmutter der Alfa-Bankengruppe mit Sitz in Luxemburg, mit der die RBI im Vorjahr eine Einigung erzielt hatte, ist vom Kaufvertrag zurückgetreten. Die Auswirkung der Transaktion auf die regulatorischen Kapitalquoten der RBI wäre vernachlässigbar gewesen. Der Verkauf der Zuno zielte darauf ab, Komplexität und Überschneidungen innerhalb der Gruppe zu reduzieren. Die RBI prüft weitere interne und externe Schritte, primär den Gesamtverkauf der Zuno, aber auch die vollständige Integration in andere RBI-Konzerneinheiten oder einen Teilverkauf.

Am 15. Jänner 2016 unterschied der polnische Präsident das zuvor vom Parlament verabschiedete Gesetz über eine Bankenabgabe für polnische Banken. Die Bankenabgabe wird jährlich 0,44% der Bilanzsumme betragen. Sie wird ab Februar 2016 in Monatsraten eingehoben. Ausgenommen von der Belastung werden ein Basisbetrag von PLN 4 Mrd. (entspricht rd. EUR 1 Mrd.), die Veranlagungen in polnische Staatsanleihen und die Eigenmittel. Dies hat auf die Geschäftstätigkeit der Mitgliedsinstitute des L-IPS keinen unmittelbaren Einfluss. In der Bewertung und weiteren Entwicklung der RZB bestehen dadurch jedoch weiterhin Risiken und Unsicherheiten.

Am 10. Mai 2016 gaben die RZB und die RBI bekannt, dass die Vorstände der beiden Unternehmen zur Vereinfachung der Konzernstruktur und zur Anpassung der Gruppe an die erhöhten regulatorischen Anforderungen die Zusammenführung von RZB und RBI beschlossen haben. Die Prüfung soll innerhalb von 6 Monaten abgeschlossen sein, um allfällige Umsetzungsbeschlüsse noch 2016 fassen zu können.

# Ausblick zur Entwicklung

Das anhaltend niedrige Zinsniveau, die herausfordernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der spürbare Umbruch im Bereich der Finanzdienstleister werden auch im kommenden Geschäftsjahr die Geschäftsstrategie und Geschäftsentwicklung der Mitgliedsinstitute des L-IPS im Bankwesen prägen.

Das Ergebnis des RZB-Konzerns wird auch im Jahr 2016 einen schwer prognostizierbaren Erfolgsbestandteil darstellen. Neben den herausfordernden Rahmenbedingungen kann vor allem die Entwicklung der Länder Ukraine und Russland und deren Auswirkung auf die Geschäfte der RBI in diesen Märkten schwer eingeschätzt werden. Dementsprechend unsicher ist auch die Prognose des anteiligen Ergebnisses aus der Beteiligung der RLB NÖ-Wien an der RZB.

Die Mitgliedsinstitute des L-IPS unterliegen in ihrer Geschäftstätigkeit nationalem Recht und EU-Recht, wobei in

letzter Zeit Änderungen sowie die Erlassung neuer Gesetze, EU-Richtlinien und -Verordnungen zu Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen führten. Auch in Zukunft ist mit weiteren Verschärfungen der rechtlichen Anforderungen zu rechnen. Damit gehen erhöhte Anforderungen und eine strengere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die Mitgliedsinstitute des L-IPS auch in Zukunft in Gerichts- und Verwaltungsverfahren involviert sein werden und dass solche allfälligen zukünftigen Verfahren bzw. deren allfälliger negativer Ausgang nachteilige Auswirkungen für die Mitgliedsinstitute haben können.

# RISIKOBERICHT

# Risikobericht

## Risiken von Finanzinstrumenten

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat im Rahmen des Früherkennungssystems die Erfassung, Quantifizierung, Überwachung und Berichterstattung der Risiken für den Kreis L-IPS (Raiffeisenbanken NÖ, RLB NÖ-Wien und Raiffeisen-Holding NÖ-Wien) konzipiert und dargestellt. Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des L-IPS, aber auch des L-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des L-IPS. Die Mitglieder des L-IPS kommen überein, dass das bestehende Früherkennungssystem des Solidaritätsvereins der Raiffeisen-Bankengruppe Niederösterreich-Wien als Früherkennungssystem des L-IPS verwendet wird.

## Grundsätze der Früherkennung

Unter dem Begriff „Früherkennung“ wird die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des L-IPS, aber auch beim L-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, verstanden. Unter dem Begriff „ökonomische Fehlentwicklung“ sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mittelfristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des L-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind.

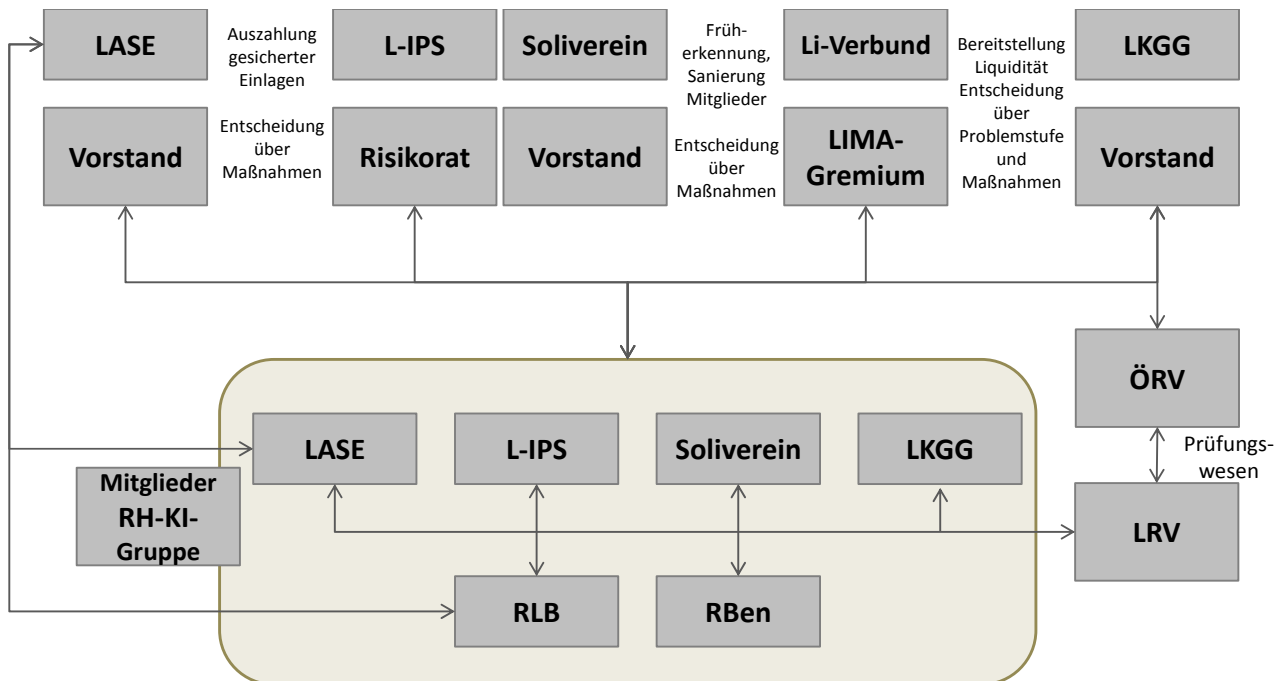
Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah und schon im Keim zu erkennen, darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft den Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hinsichtlich aller Mitglieder des L-IPS und des L-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller L-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der L-IPS Mitglieder festgelegt.

## Organisation des Risikomanagements

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat sich durch Mitunterfertigung des L-IPS Vertrages dazu verpflichtet, dieses Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das L-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems ist die Festsetzung von L-IPS Standards, die Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese L-IPS Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des L-IPS zu modifizieren.



Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des L-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS-Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des L-IPS ändern, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien diese im Einvernehmen mit dem Risikorat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für das L-IPS erstellt der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien eine quartalsweise aktualisierte umfassende ökonomische Bewertung des L-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikorat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikorat auch dem Raiffeisen-Revisionsverband Niederösterreich-Wien seitens des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien umgehend den Risikorat hiervon informieren.

Die Mitglieder des L-IPS werden mit dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien im Betrieb des Früherkennungssystems L-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer, jeweils in Kraft stehender Verpflichtungen, dem Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und der RLB NÖ-Wien alle hierfür notwendigen Daten zur Verfügung stellen. Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien kann sich für Zwecke des L-IPS der Einrichtungen der RLB NÖ-Wien bedienen. Hier sind vor allem die Abteilungen Betriebswirtschaftliche Beratung (Risikotragfähigkeitsanalyse – RTFA - Raiffeisenbanken), Gesamtkonzernrisiko (L-IPS

RTFA), Kredit Mid-Office (Kreditrisiko für L-IPS) sowie Marktrisikomanagement (Zins- und Liquiditätsrisiko) mit der Erstellung der L-IPS-weiten Analysen und Berichte betraut.

Der Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Er ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die gesammelten Daten der Mitglieder des L-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliedsinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden. Die nÖ Raiffeisenbanken werden dabei von der Abteilung Betriebswirtschaftliche Beratung der RLB NÖ-Wien durch landesweit einheitliche Risikoanalysen und –reports unterstützt.

## Risikorat

Im Rahmen dieses L-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in allen Angelegenheiten. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien getroffen (siehe dazu auch im Lagebericht S. 5).

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossene Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (IPS-Vertrag).

### Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des L-IPS und die Erfüllung höchster Qualitäts-

anforderungen in Bezug auf die Früherkennungs-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch die RLB NÖ-Wien, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Der Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. nÖ Landesrevisionsverband eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung, frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das L-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

## Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien erfolgt im Rahmen des Risikorats des L-IPS. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte Raiffeisenbankengruppe ein Risikobericht auf konsolidierter Basis erstellt, der sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Diese Risikoarten werden durch den Ansatz des makroökonomischen Risikos, des Fremdwährungseigenmittelrisikos und eines Puffers für sonstige Risiken ergänzt. Neben einem regelmäßigen Monitoring der Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und benchmark-basiertes Frühwarnsystem sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-

Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien. Im Rahmen des Sanierungsplans (Bundesgesetz über die Sanierung und Abwicklung von Banken - BaSAG) ist ein Stresstest entsprechend der gesetzlichen Anforderungen aufgesetzt, der jährlich aktualisiert wird.

In Anlehnung an die EBA Guideline 2014-06 (on the range of scenarios to be used in recovery plans) wurde im Zuge der Entwicklung des Sanierungsplans ein makroökonomischer Gesamtbankstresstest durchgeführt. Die Effektivität und Durchführbarkeit der Sanierungsoptionen und die Angemessenheit des Frühwarn- und Sanierungsindikatorensets wurden damit getestet. Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien hat deshalb für das L-IPS ein Set an 6 Stressszenarien gewählt, die 2 Geschwindigkeiten und 3 Ausprägungen umfassen (Schnell/Langsam und Idiosynkratisch/Systemisch /Kombiniert).

Die im Sanierungsplan implementierten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren haben zum Ziel eine mögliche Krise frühzeitig zu identifizieren und gegebenenfalls Sanierungsmaßnahmen einzuleiten (gemäß EBA GL 2015-02 Guidelines on the minimum list of qualitative and quantitative recovery plan indicators). Der Sanierungsplan des L-IPS umfasst ein umfangreiches Set an Maßnahmen die ergriffen werden können um die finanzielle Stabilität wiederherzustellen.

Die Überwachung dieser Frühwarn- und Sanierungsindikatoren erfolgt im Zuge der Berichterstattung an den Risikorat.

### Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des L-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normalfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert.

Der gesamte ICAAP-Prozess des L-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen L-IPS Mitglieder geprüft.



Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive (Gone Concern)	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, anrechenbaren Eigenmitteln, stillen Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen nicht überschreiten.	99,9% abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings
Problemfall-Perspektive (Going Concern)	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR-Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwartetes Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital, stille Reserven und gebildete Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikohorizont: 1 Jahr) des L-IPS übersteigen.	95% - unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapitalmaßnahmen vorzunehmen

Im Rahmen des ICAAP-Prozesses für das L-IPS ist für die Steuerung der Extremfall- und Problemfall-Perspektive ein Ampelsystem implementiert. Die Detaillimitierung je Risikoart (beispielsweise Kreditrisiko, Zinsänderungslimite, Limitierung Liquiditätsrisiko, u.a.) sowie RTFA-Gesamtlimit erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

#### Extremfall-Perspektive – Gone Concern

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildete Vorsorgen aus den Geschäften aller L-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liqui-

ditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das L-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebten Ratings ableitet.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des L-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikode-

ckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis

von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresultimo rund 69,9%.

Anteile der einzelnen Risikoarten in der Extremfall-Perspektive am ökonomischen Kapital:

in TEUR	2015	Anteil	2014	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	1.174.631	34,5%	1.144.713	34,5%
Kreditrisiko Kreditinstitute	143.955	4,2%	130.109	3,9%
Sovereigns	6.713	0,2%	5.974	0,2%
Kreditrisiko Retail	483.831	14,2%	428.463	12,9%
Kreditrisiko LRG	77.787	2,3%	91.303	2,7%
Kreditrisiko CIU's	6.904	0,2%	8.309	0,3%
Vorsorge ausgefallener Forderungen	-547.543	-16,1%	-535.422	-16,1%
Credit Value Adjustment Risiko	13.711	0,4%	0	0,0%
Länderrisiko	61.191	1,8%	61.274	1,8%
Beteiligungsrisiko	1.273.345	37,4%	1.261.518	38,0%
Marktrisiko	269.600	7,9%	298.486	9,0%
Operationelles Risiko	135.323	4,0%	128.780	3,9%
Liquiditätsrisiko	0	0,0%	0	0,0%
Makroökonomisches Risiko	140.432	4,1%	140.490	4,2%
Risikopuffer	161.994	4,8%	158.200	4,8%
<b>Gesamt</b>	<b>3.401.873</b>	<b>100,0%</b>	<b>3.322.196</b>	<b>100,0%</b>

LRG: Abkürzung für Local and Regional Governments und entspricht regionalen Gebietskörperschaften wie z.B. Gemeinden  
 CIU: Collective Investment Undertaking und entspricht Fonds

### Problemfall-Perspektive – Going Concern

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des L-IPS auf Basis des Going Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartetes Betriebsergebnis, Risikovorsorgen, überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit

geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das L-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

### Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das L-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Entwicklung der Analyse des Stresstests ist derzeit im Aufbau. Die Analyse basiert auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwick-

lungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial. Des Weiteren wird ein Reverse Stresstest im Bereich Kreditrisiko durchgeführt.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomesung auf Basis des Value at Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

## Deckungsmasse

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung kommen unterschiedliche Szenarien zur Anwendung, die sich sowohl betreffend der Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos als auch der diesbezüglichen Deckungsmassen zur Abdeckung des Risikos unterscheiden.

Die Zusammensetzung der Deckungsmassen erfolgt in Szenarien wie unten dargestellt:

- Going Concern:
  - budgetiertes bzw. erwartetes Betriebsergebnis,
  - abzüglich Mindestausschüttung korrigiert um unterjährige Dotierung bzw. Auflösung von EWBs,
  - Gewinnvortrag,
  - freies Kapital,
  - stille Reserven,
  - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden
- Gone Concern:
  - Betriebsergebnis (Ytd)
  - Gewinnvortrag
  - anrechenbare Eigenmittel
  - stille Reserven
  - Vorsorge
  - Vorsorge Ratingklassen 0,5 bis 4,5 und nicht geratete (0,0) Kunden

in TEUR	2015	Anteil	2014	Anteil
Überschuss Betriebsergebnis	201.986	4,2%	184.311	3,7%
Freies Kapital	4.087.812	84,0%	4.210.262	83,5%
Risikovorsorge	121.172	2,5%	162.371	3,2%
Stille Reserven	455.541	9,4%	483.717	9,6%
<b>Gesamt</b>	<b>4.866.511</b>	<b>100,0%</b>	<b>5.040.661</b>	<b>100,0%</b>

## Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des L-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Kreditrisiko und Beteiligungsrisiko stellen die mit Abstand wichtigsten Risikokategorien des L-IPS dar. Kreditrisiken im L-IPS werden durch die L-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Das Kreditrisiko wird sowohl auf Einzelkreditbasis der Kunden als auch auf Portfoliobasis beobachtet und analysiert.

Jedes Institut hat ein umfangreiches Kreditlimitsystem auf Kundenebene im Einsatz, um die nachhaltige Marktpräsenz sicherzustellen. Bei den Einzelengagements wird darauf Bedacht genommen, dass die Bewilligungsgrenzen des Institutes geringer gehalten werden als die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Grenzen. Für die Beurteilung der Bonität und Werthaltigkeit der Sicherheiten wird von jedem L-IPS Mitglied das bundeseinheitliche Raiffeisen-Rating- und Sicherheitensystem herangezogen. Der Risikogehalt der Engagements wird über ein umfassendes Ratingsystem erfasst, das je nach Anforderung der Kundensegmente verschiedene Modellvarianten aufweist. Für die Risikomessung werden alle Kunden über diese Rating- und Scoringmodelle in jeweils neun lebende Bonitätsklassen eingeteilt. Die Klassifizierung der Ausfälle folgt den Bestimmungen der CRR und teilt diese in drei Ausfallsklassen ein. Neue Ratingsysteme werden mittels statistischer Methoden entwickelt und nach umfangreicher Erstvali-

dierung eingesetzt. In die Ratingsysteme fließen sowohl quantitative Faktoren aus den Bilanzen als auch qualitative Faktoren (Soft Facts) ein. Ergänzt werden einige Rating/Scoringssysteme durch eine automatisierte Verhaltenskomponente.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der L-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür bei den L-IPS Mitgliedern jeweils interne Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Sehr gute Kreditwürdigkeit 1,5) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs – Probability of Default) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechender Modelle validiert.

Branchen- und Konzentrationsrisiken werden im Rahmen einer regelmäßigen Berichterstattung überwacht und begrenzt.

## Kreditportfolio – Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallsklassen für Unternehmen:

in TEUR		<b>2015</b>	<b>Anteil</b>	<b>2014</b>	<b>Anteil</b>
Internes Rating					
0,5	Minimales Risiko	7.245	0,0%	810	0,0%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.117.130	6,5%	1.010.023	5,7%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	3.964.688	23,2%	5.688.768	32,4%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	5.120.505	30,0%	4.410.088	25,1%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	2.729.086	16,0%	2.851.368	16,2%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	2.319.475	13,6%	1.904.091	10,8%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	798.943	4,7%	678.804	3,9%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	330.838	1,9%	283.505	1,6%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	78.422	0,5%	64.412	0,4%
5,0	90 Tage überfällig	12.309	0,1%	37.320	0,2%
5,1	Andere Ausfallgründe	452.399	2,7%	424.495	2,4%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	96.582	0,6%	125.220	0,7%
	Nicht geratet	43.839	0,3%	102.321	0,6%
<b>Gesamt</b>		<b>17.071.461</b>	<b>100,0%</b>	<b>17.581.224</b>	<b>100,0%</b>

Das Kreditobligo bei Unternehmen belief sich zum Jahresende 2015 auf EUR 17.071,461 Mio. (VJ EUR 17.581,224 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 43,9\*% (VJ 44,5%) am gesamten Kreditobligo.

### Kreditportfolio – Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des L-IPS:

in TEUR Internes Rating	2015	Anteil	2014	Anteil
Retail-Kunden - selbständig	4.390.177	42,8%	4.139.394	43,7%
Retail-Kunden - unselbständig	5.863.414	57,2%	5.328.774	56,3%
<b>Gesamt</b>	<b>10.253.591</b>	<b>100,0%</b>	<b>9.468.168</b>	<b>100,0%</b>
davon notleidende Kredite	540.904	5,3%	482.892	5,1%
davon Einzelwertberichtigungen	286.673	2,8%	363.554	3,8%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	50.570	0,5%	0	0,0%

Zum Jahresende 2015 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio ein Volumen von insgesamt EUR 10.253,591 Mio. (VJ:9.468,2 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 26,4% (VJ: 24,0%) am gesamten Kreditobligo.

### Kreditportfolio – Kreditinstitute

Die Forderungsklasse Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmo-

dell der Raiffeisenbank International AG/Raiffeisenzentralbank AG (RBI/RZB) für diese Finanzinstitute, das auch für die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien als Vorlage dient, basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in TEUR		2015	Anteil	2014	Anteil
Internes Rating					
0,5	Minimales Risiko	238.675	3,3%	263.639	3,1%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	174.829	2,4%	318.711	3,8%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	364.239	5,0%	6.365.024	75,5%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	6.115.813	83,8%	693.600	8,2%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	232.740	3,2%	482.554	5,7%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	73.016	1,0%	187.453	2,2%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	72.874	1,0%	67.617	0,8%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	809	0,0%	44.164	0,5%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	132	0,0%	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallgründe	19.064	0,3%	4.887	0,1%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	109	0,0%	108	0,0%
	Nicht geratet	4.072	0,1%	5.064	0,1%
<b>Gesamt</b>		<b>7.296.373</b>	<b>100,0%</b>	<b>8.432.821</b>	<b>100,0%</b>

Das Kreditobligo an Kreditinstitute belief sich zum Jahresende 2015 auf EUR 7.296,373 Mio. (VJ: 8.432,8 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 18,8% (VJ: 21,3%) am gesamten Kreditobligo.

### Kreditportfolio – Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staaten-ähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in TEUR		2015	Anteil	2014	Anteil
Internes Rating					
0,5	Minimales Risiko	2.599.111	61,2%	2.656.711	65,6%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	1.323.483	31,1%	1.044.171	25,8%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	52.263	1,2%	68.200	1,7%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	81.839	1,9%	90.099	2,2%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	185.346	4,4%	185.767	4,6%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	18	0,0%	1.214	0,0%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	0	0,0%	0	0,0%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	0	0,0%	67	0,0%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	44	0,0%	1	0,0%
5,0	90 Tage überfällig	0	0,0%	0	0,0%
5,1	Andere Ausfallgründe	12	0,0%	176	0,0%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	0	0,0%	0	0,0%
	Nicht geratet	7.062	0,2%	2.718	0,1%
<b>Gesamt</b>		<b>4.249.178</b>	<b>100,0%</b>	<b>4.049.125</b>	<b>100,0%</b>

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2015 auf EUR 4.249,178 Mio. (VJ: 4.049,1 Mio.), dies entsprach einem Anteil von 10,9% (VJ: 10,2%) am gesamten Kreditobligo.

### Kreditrisikominderungen

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das

L-IPS Institutsmittglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind im Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der L-IPS Mitgliedsinstitute festgelegt.



Die Forderungen an Kreditinstitute, Öffentlichen Sektor und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die Marktwerteder Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

in TEUR	Maximales Kreditobligo		2015	Maximales Kreditobligo		2014
	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	Marktwert Sicherheiten
Kreditinstitute	5.888.980	160.804	1.407.392	6.297.812	321.153	2.135.010
Öffentlicher Sektor	4.249.157	140.418	21	4.049.068	137.464	57
Unternehmen	9.816.770	3.586.302	7.254.691	10.502.675	3.743.216	7.078.549
Retail-Kunden - selbständig	1.805.368	584.450	2.584.809	1.688.351	577.915	2.451.043
Retail-Kunden - unselbständig	2.438.111	744.013	3.425.304	2.186.149	720.674	3.142.625
<b>Gesamt</b>	<b>24.198.385</b>	<b>5.215.987</b>	<b>14.672.217</b>	<b>24.724.055</b>	<b>5.500.423</b>	<b>14.807.283</b>

### Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Problemkredite – also Aushaftungen, bei denen materielle Schwierigkeiten oder Zahlungsverzug erwartet werden – bedürfen einer weitergehenden Bearbeitung. In den Non-Retail-Bereichen entscheiden in den einzelnen Einheiten Problemkreditrunden über die gefährdeten Kredite. Problemkredite werden im Fall einer notwendigen Sanierung an Spezialisten oder Restrukturierungseinheiten (Sanierungs-Abteilungen) übergeben. Deren speziell geschulte und erfahrene Mitarbeiter beschäftigen sich insbesondere mit mittleren bis großen Fällen und werden dabei auch durch die hausinternen Rechts-

abteilungen oder externen Spezialisten unterstützt. Sie wirken maßgeblich an der Darstellung und Analyse sowie der Bildung etwaiger Risikovorsorgen (Abschreibungen, Wertberichtigungen oder Rückstellungen) mit und können durch die frühzeitige Einbindung in der Regel eine Reduktion der Verluste aus Problemkrediten erzielen.

### Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorge

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im L-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als

nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwägt wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien bei den Mitgliedern des L-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

Die nachfolgende Tabelle zeigt den Stand der gebildeten Kreditvorsorgen:

in TEUR	<b>Stand 31.12.2015</b>	<b>Stand 31.12.2014</b>
Firmenkunden	352.863	354.586
Retail-Kunden	337.243	363.554
Öffentlicher Sektor	77	0
<b>Summe Nichtbanken</b>	<b>690.183</b>	<b>718.140</b>
Kreditinstitute	3.495	770
<b>Gesamt</b>	<b>693.677</b>	<b>718.910</b>

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

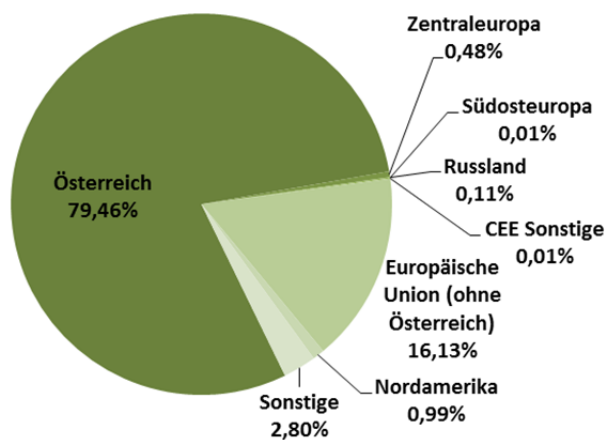
in TEUR	<b>NPL</b>	<b>2015 NPL Ratio</b>	<b>NPL</b>	<b>2014 NPL Ratio</b>
Ausgefallene notleidende Kredite gesamt	1.248.000	3,2%	1.068.248	4,7%

### Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länder-

risiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für „Crossborder“-Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratingeinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaige Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.



Die Länderverteilung zeigt einen Anteil von 79,5% (VJ: 77,1%) des Obligos in Österreich und einen Anteil von 16,1% (VJ: 18,5%) in der EU, was insgesamt 95,6% (VJ: 95,6%) beträgt. Daher ist das darüber hinaus gehende Obligo mit 4,4% (VJ: 4,4%) in anderen Regionen vernachlässigbar. Im Vergleich zum Jahr 2014 zeigt das Länderrisiko eine stabile Entwicklung.

## Beteiligungsrisiko

Im Hinblick auf das Beteiligungsrisiko werden folgende Teilsikoarten gemessen, analysiert und überwacht:

- Dividendenausfallrisiko
- Teilwertabschreibungsrisiko

- Veräußerungsverlustrisiko
- Risiko aus gesetzlichen Nachschusspflichten
- Risiken aus strategischer (moralischer) Sanierungsverantwortung
- Risiko aus der Reduktion von stillen Reserven

Zur Quantifizierung der Beteiligungsrisiken basiert auf dem Verkehrswert der gehaltenen Beteiligungen.

## Marktrisiko

Die Mitglieder des L-IPS definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Alle Marktrisiken werden auf L-IPS-Ebene mittels Value at Risk (VaR)-Ansatz gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen L-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen gerechnet, für das Handelsbuch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

### Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR 99,9% 1 Tage) für das Marktrisiko der Handels- und Bankbücher je Risikoart dar:

Marktrisiko gesamt VaR 99,9% 1 d in TEUR	<b>VaR per 31.12.2015</b>	<b>VaR per 31.12.2014</b>
Zinsrisiko Bankbuch	5.964	8.718
Währungsrisiko	450	201
Preisrisiko Handelsbuch	30.472	1.564
Preisrisiko Bankbuch	1.234	1.830
Credit Spread Risiko	8.209	11.764
<b>Gesamt</b>	<b>46.330</b>	<b>24.076</b>

### Währungsrisiko/Offene Devisenposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen in angeführten Währungen:

in TEUR	2015	2014
AUD	33	-36
BGN	10	44
CAD	30	-19
CZK	2.175	1.032
DKK	67	39
EGP	3	1
GBP	-2.003	253
HUF	15	189
JPY	550	2.665
MXN	5	3
PLN	-195	8.725
RON	260	224
RUB	24	24
RSD	7	3
SEK	60	26
CHF	-772	-419
TRY	125	14
USD	4.091	10.523
ISK	20	1
NOK	1.798	-30
HKD	52	0
NZD	43	0
SGD	100	0
CNY	13	0
OFX	22.835	1.743

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

### Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzinsänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsbetrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im L-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale.

Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

### Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der

jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

### Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Credit Spreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzählung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

## Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die L-IPS Mitglieder. In

Erfüllung ihrer Funktion als Zentralinstitut erfolgt die Interbanken-Refinanzierung der Raiffeisenbanken und der Großteil der Emissionstätigkeit über die RLB NÖ-Wien, die Raiffeisenbanken begeben gelegentlich Eigenemissionen (Kassenobligationen).

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf L-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder des Solidaritätsvereins der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien und des von dieser unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RLB NÖ-Wien als Zentralinstitut und Hüterin des niederösterreichischen Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Landesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RLB NÖ-Wien nicht ausreichen, wird bei der ÖRE Liquiditätsbedarf angemeldet. Diesem wird bestmöglich von der RZB entsprochen bzw. kann der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Letztere ist subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewährten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsannahmen (kundeninduziertes Neugeschäft aufgrund der Rollierungsannahmen) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist es, die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz darzustellen. Diese können durch unterschiedli-

ches Verhalten der Marktteilnehmer hervorgerufen werden, insbesondere betreffend die nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen.

Die Risikomessmethode des Liquiditätsrisikomanagements definiert sich für das L-IPS sowie deren Mitgliedern wird nachfolgend erläutert.

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein explizit geplantes Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts („Survival Period“) gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das L-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA folgende Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme,
- Survival Period.

Die „Operative Liquiditätstransformation“ (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen nachkommen kann. Im Normalfall liegt die O-LFT des L-IPS für 1m mit 161% über dem Limit von 100%, im Problemfall fällt diese Kennzahl auf 124% - liegt somit weiterhin über dem Limit. Es gibt weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien Limitüberschreitungen.

Das zweite Modell, die „Strukturelle Liquiditätstransformation“ (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer des L-IPS die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die Limits für die S-LFT werden sowohl im Normalfall als auch den Krisenfällen erfüllt:

31.12.2015 Limit	18m 80%	2a	3a 70%	5a 60%	7a	10a	15a	20a 50%	30a	>30a
Normalfall	118%		122%	130%				133%		
Systemkrise	125%		128%	135%				140%		
Rufkrise	116%		120%	129%				151%		
Kombikrise	116%		120%	128%				151%		

31.12.2014 Limit	18m 80%	2a	3a 70%	5a 60%	7a	10a	15a	20a 50%	30a	>30a
Normalfall	119%		121%	125%				133%		
Systemkrise	127%		127%	129%				139%		
Rufkrise	118%		119%	122%				150%		
Kombikrise	117%		119%	122%				150%		

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der „GBS-Quotient“, auch „Gap über Bilanzsumme“ dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an. Für das L-IPS wird weder im Normalfall noch in den Krisenszenarien ein Limit überschritten.

Die Survival Period ist definiert als der Zeitraum bis zu dem die kumulierten Netto-Liquiditätsabflüsse über den Liquiditätspuffer gedeckt werden kann. Im Normalfall beträgt die Survival Period 7 Jahre und bleibt auch in den Krisenszenarien bei größer als ein Jahr.

Dem stärkeren Fokus auf die operative Liquidität des L-IPS wird zusätzlich über die wöchentliche OeNB-

Liquiditätsmeldung Rechnung getragen. Dabei werden die erwarteten Zahlungseingänge den erwarteten Zahlungsausgängen gegenübergestellt und mit dem vorhandenen Liquiditätspuffer abgeglichen (dynamische Betrachtung).

Seit dem Jahr 2014 wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das L-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht dient, an die Aufsicht gemeldet. (L-IPS LCR per 31.12.2015 über alle Währungen: 106,8%)

Zum Stichtag 31.12.2015 betrug die Mindestliquiditätsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR) für das L-IPS 120,0%. Die gesetzliche Anforderung gemäß Artikel 460 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 betrug 60% und wurde somit eingehalten.



In der folgenden Tabelle sind die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2015 dargestellt:

in EUR		UNGEWICHTETER WERT INSGESAMT	GEWICHTETER WERT INSGESAMT
<b>ERSTKLASSIGE LIQUIDE AKTIVA</b>			
1	Erstklassige liquide Aktiva (HQLA) insgesamt		8.323.704.401
<b>MITTELABFLÜSSE</b>			
2	Privatkundeneinlagen und Einlagen von Kleinunternehmen, davon:	17.934.129.457	1.252.907.939
3	Stabile Einlagen	13.218.846.539	781.379.648
4	Weniger stabile Einlagen	4.715.282.919	471.528.292
5	Unbesicherte Grosskundenmittel, davon:	8.073.373.451	6.472.094.873
6	Operative Einlagen (alle Kontrahenten) und Einlagen bei Netzwerken von Genossenschaftsbanken	2.005.747.422	2.005.747.422
7	Nicht-operative Einlagen (alle Kontrahenten)	5.904.740.826	4.303.462.248
8	Unbesicherte Schuldtitel	162.885.203	162.885.203
9	Besicherte Grosskundenmittel	0	0
10	Zusätzliche Anforderungen, davon:	5.592.149.260	1.931.816.511
11	Abflüsse im Zusammenhang mit Derivatpositionen und sonstigen Sicherungsanforderungen	1.334.565.845	1.334.565.845
12	Abflüsse im Zusammenhang mit dem Verlust von Finanzierungsmöglichkeiten bei Schuldtiteln	0	0
13	Kredit- und Liquiditätsfazilitäten	4.257.583.415	597.250.666
14	Sonstige vertragliche Verpflichtungen zur Mittelbereitstellung	341.889.936	207.076.582
15	Sonstige Eventualverpflichtungen zur Mittelbereitstellung	5.678.352.611	283.917.631
16	MITTELABFLÜSSE INSGESAMT		10.147.813.535
<b>MITTELZUFLÜSSE</b>			
17	Besicherte Kreditvergabe (z.B. Reverse-Repo-Geschäfte)	0	0
18	Zuflüsse aus voll werthaltigen Forderungen	2.556.601.675	1.877.697.965
19	Sonstige Mittelzuflüsse	1.331.213.307	1.331.213.307
20	MITTELZUFLÜSSE INSGESAMT	3.887.814.982	3.208.911.272
		BEREINIGTER WERT INSGESAMT	
21	HQLA INSGESAMT		8.323.704.401
22	NETTOMITTELABFLÜSSE INSGESAMT		6.938.902.263
23	MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (%)		120,0%

Im Vergleich hierzu die quantitativen Daten zum 31. Dezember 2014:

in EUR		UNGEWICHTETER WERT INSGESAMT	GEWICHTETER WERT INSGESAMT
<b>ERSTKLASSIGE LIQUIDE AKTIVA</b>			
1	Erstklassige liquide Aktiva (HQLA) insgesamt		7.574.715.773
<b>MITTELABFLÜSSE</b>			
2	Privatkundeneinlagen und Einlagen von Kleinunternehmen, davon:	17.680.705.142	1.203.854.763
3	Stabile Einlagen	13.124.104.289	748.194.678
4	Weniger stabile Einlagen	4.556.600.853	455.660.085
5	Unbesicherte Grosskundenmittel, davon:	8.689.429.064	7.000.596.235
6	Operative Einlagen (alle Kontrahenten) und Einlagen bei Netzwerken von Genossenschaftsbanken	1.887.658.263	1.887.658.263
7	Nicht-operative Einlagen (alle Kontrahenten)	6.654.378.804	4.965.545.975
8	Unbesicherte Schuldtitel	147.391.996	147.391.996
9	Besicherte Grosskundenmittel	0	0
10	Zusätzliche Anforderungen, davon:	6.608.218.429	990.865.852
11	Abflüsse im Zusammenhang mit Derivatpositionen und sonstigen Sicherungsanforderungen	1.124.474	1.124.474
12	Abflüsse im Zusammenhang mit dem Verlust von Finanzierungsmöglichkeiten bei Schuldtiteln	0	0
13	Kredit- und Liquiditätsfazilitäten	6.607.093.955	989.741.378
14	Sonstige vertragliche Verpflichtungen zur Mittelbereitstellung	220.959.401	59.160.475
15	Sonstige Eventualverpflichtungen zur Mittelbereitstellung	3.395.437.231	169.771.862
16	<b>MITTELABFLÜSSE INSGESAMT</b>		<b>9.424.249.186</b>
<b>MITTELZUFLÜSSE</b>			
17	Besicherte Kreditvergabe (z.B. Reverse-Repo-Geschäfte)	0	0
18	Zuflüsse aus voll werthaltigen Forderungen	3.096.060.740	2.329.114.831
19	Sonstige Mittelzuflüsse	890.028	890.028
20	<b>MITTELZUFLÜSSE INSGESAMT</b>	<b>3.096.950.768</b>	<b>2.330.004.859</b>
			BEREINIGTER WERT INSGESAMT
21	<b>HQLA INSGESAMT</b>		<b>7.574.715.773</b>
22	<b>NETTOMITTELABFLÜSSE INSGESAMT</b>		<b>7.094.244.327</b>
23	<b>MINDESTLIQUIDITÄTSQUOTE (%)</b>		<b>106,8%</b>

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallplan festgelegt.

### Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des L-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind vom Solidaritätsverein der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

### Internes Kontrollsystem

In der Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine Dokumentation der Kontrollmaßnahmen stattfindet.

Das Interne Kontrollsystem wirkt unterstützend bei:

- der Erreichung der geschäftspolitischen Ziele durch eine wirksame und effiziente Geschäftsführung
- der Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften (Compliance)
- dem Schutz des Geschäftsvermögens
- der Verhinderung, Verminderung und Aufdeckung von Fehlern und Unregelmäßigkeiten
- der Sicherstellung der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit der Buchführung
- der zeitgerechten und verlässlichen finanziellen Berichterstattung

Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges Reporting.

### Sonstiges Risiko/Makroökonomisches Risiko

Die Raiffeisenbankengruppe NÖ-Wien berücksichtigt im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse (RTFA) sowohl im Problem- als auch im Extremfall sonstige Risiken als Approximation über einen Aufschlag von 5% der quantifizierten Risiken.

Die Berücksichtigung der Risiken, die aus dem makroökonomischen Umfeld resultieren, stellen gesamtwirtschaftliche Verschlechterungen dar. Die Quantifizierung des makroökonomischen Risikos erfolgt im Rahmen des L-IPS durch Simulation des unerwarteten Verlustes unter Berücksichtigung einiger Annahmen hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung (wie Bruttoinlandsprodukt) sowie angenommener Ausfallwahrscheinlichkeiten.

AGGREGIERTE BILANZ UND  
AGGREGIERTE GEWINN- UND  
VERLUSTRECHNUNG

# Aggregierte Bilanz

in EUR	<b>Aktiva</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
1.	<i>Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern</i>	709.176.517,44	239.050.161,65
2.	<i>Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind</i>	2.298.051.395,33	2.874.288.171,49
	a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	2.298.051.395,33	2.874.288.171,49
	b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel	0,00	0,00
3.	<i>Forderungen an Kreditinstitute</i>	4.738.079.664,60	5.289.207.518,95
	a) täglich fällig	2.553.218.086,56	322.052.888,00
	b) sonstige Forderungen	2.184.861.578,04	4.967.154.630,95
4.	<i>Forderungen an Kunden</i>	22.702.767.403,66	22.133.734.065,83
5.	<i>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</i>	3.412.671.213,28	3.459.034.460,81
	a) von öffentlichen Emittenten	283.217.467,15	9.560.392,00
	b) von anderen Emittenten	3.129.453.746,13	3.449.474.068,81
	darunter: eigene Schuldverschreibungen	68.817.626,35	28.051.292,80
6.	<i>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</i>	274.428.575,16	328.620.201,82
7.	<i>Beteiligungen</i>	2.103.833.480,93	2.108.961.444,80
	darunter: an Kreditinstituten	31.455.043,66	31.156.888,53
8.	<i>Anteile an verbundenen Unternehmen</i>	1.117.755.086,10	1.185.282.464,36
	darunter: an Kreditinstituten	0,00	0,00
9.	<i>Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens</i>	8.974.339,83	6.197.588,67
10.	<i>Sachanlagen</i>	511.448.394,77	499.629.470,75
	darunter: Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	316.617.449,93	168.569.160,09
11.	<i>Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft</i>	0,00	0,00
	darunter: Nennwert	0,00	0,00
12.	<i>Sonstige Vermögensgegenstände</i>	1.115.763.253,89	1.154.943.199,49
13.	<i>Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist</i>	1.228.451,02	1.231.822,09
14.	<i>Rechnungsabgrenzungsposten</i>	30.026.960,85	27.243.008,34
	<b>Summe der Aktiva</b>	<b>39.024.204.736,86</b>	<b>39.307.423.579,05</b>

---

in EUR	<b>Posten unter der Bilanz</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
1.	Auslandsaktiva	4.874.296.129,51	5.689.565.639,30

---

in EUR	<b>Passiva</b>	<b>2015</b>	<b>2014</b>
<b>1.</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>5.728.193.695,26</b>	<b>6.837.301.189,28</b>
	a) täglich fällig	543.488.772,35	739.645.328,95
	b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	5.184.704.922,91	6.097.655.860,33
<b>2.</b>	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>22.160.230.470,02</b>	<b>21.685.331.386,41</b>
	a) Spareinlagen	11.012.393.760,78	11.391.303.117,31
	darunter:		
	aa) täglich fällig	0,00	0,00
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	11.012.393.760,78	11.391.303.117,31
	b) sonstige Verbindlichkeiten	11.147.836.709,24	10.294.028.269,10
	darunter:		
	aa) täglich fällig	10.145.461.484,09	9.283.049.919,51
	bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.002.375.225,15	1.010.978.349,59
<b>3.</b>	<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>5.943.616.028,19</b>	<b>5.831.571.238,55</b>
	a) begebene Schuldverschreibungen	4.780.086.658,00	4.612.952.270,75
	b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten	1.163.529.370,19	1.218.618.967,80
<b>4.</b>	<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>936.565.707,82</b>	<b>757.108.496,86</b>
<b>5.</b>	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>51.042.395,05</b>	<b>51.771.144,87</b>
<b>6.</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>334.962.367,96</b>	<b>406.831.379,85</b>
	a) Rückstellungen für Abfertigungen	84.661.355,37	88.583.692,60
	b) Rückstellungen für Pensionen	47.194.565,26	72.098.802,30
	c) Steuerrückstellungen	21.838.126,07	13.688.475,69
	d) sonstige	181.268.321,26	232.460.409,26
<b>6.A</b>	<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	<b>182.552.091,80</b>	<b>174.456.091,80</b>
<b>7.</b>	<b>Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b>	<b>865.241.208,38</b>	<b>869.615.670,08</b>
<b>8.</b>	<b>Zusätzliches Kernkapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 3 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>8.A</b>	<b>Pflichtwandelschuldverschreibungen gemäß § 26 BWG</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>8.B</b>	<b>Instrumente ohne Stimmrecht gemäß § 26a BWG</b>	<b>181.802.204,00</b>	<b>181.802.867,00</b>
<b>9.</b>	<b>Gezeichnetes Kapital</b>	<b>59.489.021,04</b>	<b>58.939.191,78</b>
<b>10.</b>	<b>Kapitalrücklagen</b>	<b>91.516.506,68</b>	<b>90.533.433,49</b>
	a) gebundene	21.800.376,00	21.800.376,00
	b) nicht gebundene	69.716.130,68	68.733.057,49
<b>11.</b>	<b>Gewinnrücklagen</b>	<b>1.945.483.660,09</b>	<b>2.080.092.794,93</b>
	a) gesetzliche Rücklage	21.452.010,00	21.452.010,00
	b) satzungsmäßige Rücklagen	1.325.860.168,37	1.146.185.818,77

	c) andere Rücklagen	598.171.481,72	912.454.966,16
12.	<i>Hafrücklage gemäß 57 Abs. 5 BWG</i>	<b>425.255.820,00</b>	423.474.120,00
13.	<i>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</i>	<b>102.226.843,60</b>	-173.871.344,97
14.	<i>Unversteuerte Rücklagen</i>	<b>16.026.716,97</b>	32.465.919,11
	a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	8.946.677,00	25.149.744,32
	b) sonstige unversteuerte Rücklagen	7.080.039,97	7.316.174,79
	<b>Summe der Passiva</b>	<b>39.024.204.736,86</b>	39.307.423.579,05



in EUR	Posten unter der Bilanz	2015	2014
1.	<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>1.837.097.789,03</b>	<b>2.053.644.120,02</b>
	darunter:		
	a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	0,00	0,00
	b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	1.820.139.882,67	2.021.017.330,72
2.	<b>Kreditrisiken</b>	<b>6.022.034.465,97</b>	<b>6.473.448.250,00</b>
	darunter:		
	Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	0,00	0,00
3.	<b>Verbindlichkeiten aus Treuhandschäften</b>	<b>15.000.500,00</b>	<b>15.825.500,00</b>
4.	<b>Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b>	<b>2.559.262.633,18</b>	<b>2.629.835.214,85</b>
	darunter:		
	Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	600.479.895,03	791.952.178,38
5.	<b>Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013</b>	<b>22.400.057.580,77</b>	<b>23.315.945.364,37</b>
	darunter:		
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. a der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Harte Kernkapitalquote in %)	8,74	7,88
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. b der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Kernkapitalquote in %)	8,74	7,88
	Eigenmittelanforderungen gemäß Art. 92 Abs. 1 lit. c der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (Gesamtkapitalquote in %)	11,43	11,28
6.	<b>Auslandspassiva</b>	<b>6.205.074.654,63</b>	<b>5.721.216.496,68</b>

# Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

in EUR	<b>2015</b>	<b>2014</b>
1. Zinsen und ähnliche Erträge	903.640.019,17	980.608.420,34
darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren	161.292.288,95	205.242.118,98
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-410.209.346,79	-510.485.435,71
<b>I. Nettozinsenertrag</b>	<b>493.430.672,38</b>	<b>470.122.984,63</b>
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	69.992.587,44	38.167.631,81
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	11.116.886,19	16.953.915,50
b) Erträge aus Beteiligungen	14.699.422,97	19.246.150,52
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	51.441.507,54	181.209.473,53
d) Ergebnis aus at Equity bilanzierten Unternehmen	-7.265.229,26	-179.241.907,74
4. Provisionserträge	227.197.625,78	222.462.252,12
5. Provisionsaufwendungen	-50.478.655,02	-49.708.756,58
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	6.928.806,84	6.494.843,32
7. Sonstige betriebliche Erträge	233.031.254,83	136.569.146,77
<b>II. Betriebserträge</b>	<b>980.102.292,25</b>	<b>824.108.102,07</b>
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-531.727.555,83	-568.894.764,81
a) Personalaufwand	-294.599.078,81	-323.552.756,67
darunter:		
aa) Löhne und Gehälter	-238.494.432,76	-231.389.464,30
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-63.951.599,91	-61.561.486,71
cc) sonstiger Sozialaufwand	-3.999.667,98	-4.232.747,47
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-2.581.735,48	-11.324.802,73
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	24.904.237,04	-45.336,77
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeiterversorgungskassen	-10.475.879,72	-14.998.918,69
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-237.128.477,02	-245.342.008,14
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände	-47.937.698,49	-34.363.131,04
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-196.002.861,53	-167.016.680,63
<b>III. Betriebsaufwendungen</b>	<b>-775.668.115,85</b>	<b>-770.274.576,48</b>

<b>IV.</b>	<b>Betriebsergebnis</b>		<b>204.434.176,40</b>	<b>53.833.525,59</b>
11./12.	Saldo aus den Auflösungen/Zuweisungen zu Wertberichtigungen aus Forderungen und zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und Kreditrisiken		13.884.805,13	-79.614.716,73
13./14.	Saldo aus den Auflösungen /Zuweisungen zu Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden sowie Wertberichtigungen auf Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen		-47.777.222,11	-51.539.047,37
<b>V.</b>	<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b>170.541.759,42</b>	<b>-77.320.238,51</b>
15.	Außerordentliche Erträge		7.065.689,95	9.879.132,23
	darunter: Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.000.000,00		9.750.000,00
16.	Außerordentliche Aufwendungen		-15.491.144,56	-9.860.793,48
	darunter: Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	-13.896.000,00		-9.000.000,00
17.	Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)		-8.425.454,61	18.338,75
18.	Steuern vom Einkommen und Ertrag		-28.917.248,56	-19.414.755,93
19.	Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen		-27.946.515,36	-27.038.653,84
<b>VI.</b>	<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>		<b>105.252.540,89</b>	<b>-123.755.309,53</b>
20.	Rücklagenbewegung		-67.274.015,91	-53.812.712,09
	darunter: Dotierung der Haftrücklage	1.779.700,00		72.000,00
	Auflösung der Haftrücklage	0,00		0,00
<b>VII.</b>	<b>Jahresgewinn/Jahresverlust</b>		<b>37.978.524,98</b>	<b>-177.568.021,62</b>
21.	Feste Vergütungen für Partizipationskapital		-5.276.010,27	-5.254.724,00
22.	Gewinnvortrag/Verlustvortrag		69.524.328,89	8.951.400,65
<b>VIII.</b>	<b>Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>		<b>102.226.843,60</b>	<b>-173.871.344,97</b>

Institutsbezogenes Sicherungssystem  
der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien  
(L-IPS)

Wien, am 30. Juni 2016

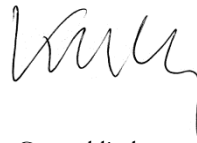
Als Vertreter des L-IPS

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Erwin Hameseder', with a large, sweeping flourish at the end.

Mag. Erwin Hameseder  
Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 30. Juni 2016

Der Vorstand



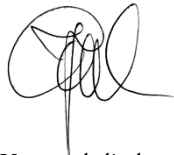
Generaldirektor  
Mag. Klaus BUCHLEITNER, MBA



Generaldirektor-Stellvertreter  
Dr. Georg KRAFT-KINZ



Vorstandsdirektor  
Mag. Andreas FLEISCHMANN, MSc



Vorstandsdirektor  
Mag. Reinhard KARL



Vorstandsdirektor  
Mag. Michael RAB

# ANLAGEN

# Anlagen

## Anlage 1: 60 nö. Raiffeisenbanken

Raiffeisenbank Region Wagram eGen.  
Raiffeisenbank Region Amstetten eGen.  
Raiffeisenbank im Mostviertel Aschbach eGen.  
Raiffeisenbank Auersthal-Bockfließ-Groß Schweinbarth eGen.  
Raiffeisenbank Region Baden eGen.  
Raiffeisenkasse Blindenmarkt eGen.  
Raiffeisenbank Bruck-Carnuntum eGen.  
Raiffeisen-Regionalbank Gänserndorf eGen.  
Raiffeisenkasse Dobersberg-Waldkirchen eGen.  
Raiffeisenbank Eggenburg eGen.  
Raiffeisenbank Thayatal-Mitte eGen.  
Raiffeisenkasse Ernstbrunn eGen.  
Raiffeisenbank NÖ-Süd Alpin eGen.  
Raiffeisenbank Bernhardsthal-Großkrut-Altlichtenwarth eGen.  
Raiffeisenkasse Großweikersdorf-Wiesendorf-Ruppersthal eGen.  
Raiffeisenkasse Günselsdorf eGen.  
Raiffeisen Regionalbank Mödling eGen.  
Raiffeisenbank Seefeld-Hadres eGen.  
Raiffeisenkasse Heiligeneich eGen.  
Raiffeisenbank Hollabrunn eGen.  
Raiffeisenbank Klosterneuburg eGen.  
Raiffeisenkasse Kirchsschlag in der Buckligen Welt eGen.  
Raiffeisenbank Korneuburg eGen.  
Raiffeisenbank Krems eGen.  
Raiffeisenbank Laa/Thaya eGen.  
Raiffeisenbank Laaben - Maria Anzbach eGen.  
Raiffeisenbank Oberes Waldviertel eGen.  
Raiffeisenbank Langenlois eGen.  
Raiffeisenkasse Kreuzenstein eGen.  
Raiffeisenbank Traisen-Gölsental eGen.  
Raiffeisenbank Region Schallerburg eGen.  
Raiffeisenbank Michelhausen eGen.  
Raiffeisenbank im Weinviertel eGen.  
Raiffeisenkasse Neusiedl a.d. Zaya eGen.  
Raiffeisenbank Gross Gerungs eGen.  
Raiffeisenkasse Orth a. d. Donau eGen.  
Raiffeisenbank Ottenschlag-Martinsberg eGen.  
Raiffeisenbank Payerbach-Reichenau-Schwarzaau im Gebirge eGen.  
Raiffeisenbank Piestingtal eGen.

Raiffeisenbank Pittental / Bucklige Welt eGen.  
Raiffeisenbank Region Melk eGen.  
Raiffeisenkasse Poysdorf eGen.  
Raiffeisenbank Wienerwald eGen.  
Raiffeisenkasse Retz-Pulkautal registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Raiffeisenbank Herzogenburg-Kapelln eGen.  
Raiffeisenbank Region Schwechat eGen.  
Raiffeisenbank Stockerau eGen.  
Raiffeisenbank Neunkirchen - Schwarzatal-Mitte eGen.  
Raiffeisenbank Tulln eGen.  
Raiffeisenbank Vitis eGen.  
Raiffeisenbank Waidhofen a.d. Thaya eGen.  
Raiffeisenbank Ybbstal eGen.  
Raiffeisenkasse Oberes Triestingtal eGen.  
Raiffeisenbank Weitra eGen.  
Raiffeisenregionalbank Wiener Neustadt eGen.  
Raiffeisenbank Region Eisenwurzen eGen.  
Raiffeisenkasse Wiesmath-Hochwolkersdorf eGen.  
Raiffeisenbank Wolkersdorf eGen.  
Raiffeisenkasse Ziersdorf registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
Raiffeisenkasse Zistersdorf - Dürnkrot registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung



## Anlage 2: Mitglieder der Kreditinstitutsgruppe der Raiffeisen-Holding NÖ-Wien

- "SEPTO" Beteiligungs GmbH
- DZR Immobilien und Beteiligungs GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH
- NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH
- NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.
- RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung
- RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG
- RH Finanzbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Holding GmbH
- RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH
- RLB NÖ-Wien Leasingbeteiligungs GmbH

# Impressum

## Informationen im Internet:

Auf der Website der RLB NÖ-Wien finden Sie aktuelle und ausführliche Informationen zu Raiffeisen: [www.raiffeisenbank.at](http://www.raiffeisenbank.at)

## Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG  
Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, A-1020 Wien  
Tel.: +43/5/1700, Fax: +43/5/1700-901  
[www.raiffeisenbank.at](http://www.raiffeisenbank.at), [info@raiffeisenbank.at](mailto:info@raiffeisenbank.at)

## Bericht zum IPS der Raiffeisen-Bankengruppe NÖ-Wien:

Redaktion und Koordination:  
Gesamtbanksteuerung/Controlling der RLB NÖ-Wien, Mag. Stefan Puhm, MBA und Team  
Finanzen der RLB NÖ-Wien, Dr. Manfred Burger und Team

Satz: Inhouse produziert mit FIRE.sys, FIRE.sys GmbH, Frankfurt

## Redaktionsschluss:

28. Juni 2016

Anfragen richten Sie an oben angeführte Adresse an die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der RLB NÖ-Wien.

### Hinweis/Disclaimer:

Einige wenige Marktteilnehmer neigen dazu, aus Aussagen zur zukünftig erwarteten Entwicklung Ansprüche abzuleiten und diese gerichtlich geltend zu machen. Die gelegentlich erheblichen Auswirkungen dieses Vorgehens auf die betroffene Gesellschaft und ihre Anteilseigner führen dazu, dass sich viele Unternehmen bei Aussagen über Erwartungen an die zukünftige Entwicklung auf das gesetzlich geforderte Minimum beschränken. Die Mitglieder des LIPS sehen die Finanzberichte jedoch nicht nur als Verpflichtung, sondern möchten die Chance zur offenen Kommunikation nutzen. Damit dies auch weiterhin möglich ist, betonen wir: Die in diesem Bericht enthaltenen Prognosen, Planungen und zukunftsgerichteten Aussagen basieren auf dem Wissensstand und der Einschätzung der Mitglieder des LIPS zum Zeitpunkt der Erstellung. Wie alle Aussagen über die Zukunft unterliegen sie Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die im Ergebnis auch zu erheblichen Abweichungen führen können. Für den tatsächlichen Eintritt von Prognosen und Planungswerten sowie zukunftsgerichteten Aussagen kann keine Gewähr geleistet werden. Rundungs-, Übermittlungs-, Satz- oder Druckfehler können wir nicht ausschließen